

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 15
37. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
13. April 1929

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kattler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rössischen Parc 2.
Telefon: 4111. Fernruf: 4111.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet. Arbeitervermittlung 50 Pfennig die Millimeterzeile. Verbandsanzeigen 10 Pfennig die Millimeterzeile.

Unsere Lohnbewegung im Jahre 1928.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung blickt auf eine Entwicklung von sechs Jahrzehnten zurück. Aus den bescheidensten Anfängen heraus, zunächst ignoriert und mißachtet von ihren Gegnern, wurde sie, kaum daß sie ihre Kinderkrankheiten überstanden hatte, von der Staatsgewalt brutal unterdrückt. Sie hat der Unterdrückung Trotz geboten, ist zu neuem Leben erwacht und gewachsen. Alle Verfolgungen und alle Schikanen, die sie erdulden mußte, haben ihr Wachstum nicht hindern können. Durch ihr beharrliches Vorwärtsschreiten auf dem Wege, den sie sich vorgezeichnet hat, hat sich die Gewerkschaftsbewegung nicht nur das Vertrauen der Arbeiterschaft, sondern auch die Achtung ihrer Gegner errungen. Heute sind die deutschen Gewerkschaften Organisationen von riesigem Ausmaß. Sie bilden einen wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben. Gesetzgebung und Staatsverwaltung, einst grimmige Gegner der Gewerkschaftsbewegung, sehen sich nun genötigt, in steigendem Maße auf die Bedürfnisse der Gewerkschaften Rücksicht zu nehmen.

Die Gewerkschaften haben eine Entwicklung genommen, die uns mit Stolz und Zuversicht erfüllt, wenn wir den Blick rückwärts schweifen lassen. Dabei sind wir aber von den Zielen, die wir uns gesteckt haben, noch weit entfernt. Diese Ziele sind auch im Handumdrehen nicht zu erreichen. Mühsam, Schritt für Schritt, erkämpfen wir uns neuen Boden, aber der Rückblick auf die ungeheuren Fortschritte, die wir in den sechs Jahrzehnten Gewerkschaftsbewegung gemacht haben, gibt uns die Überzeugung, daß wir weiterstreiten und das Ziel auch erreichen werden.

Die Erringung der bestmöglichen Arbeitsbedingungen ist die Aufgabe, die sich die Gewerkschaften von Anfang an gestellt haben, und sie arbeiten unablässig an der Erfüllung dieser Aufgabe. Sie sind ihrem Programm treu geblieben. Aber mit der Steigerung ihrer Mitgliederzahl, mit dem Wachstum ihrer Bedeutung und ihres Einflusses haben auch die Methoden des Gewerkschaftskampfes eine Änderung erfahren. Die Gewerkschaften waren von dem Augenblick an, da sie ins Leben traten, Kampfgewerkschaften, und sie sind es bis heute geblieben. Aber welcher Unterschied zwischen dem von der Gewerkschaft organisierten und mit wohldisziplinierten Mitgliedern durchgeführten Streik und dem Lohnkampf, wie er noch vor etwa 40 Jahren die Regel war. Auch damals gab es hin und wieder verhältnismäßig umfangreiche Streiks. Meist reichte aber die kleine Zahl organisierter Arbeiter nur aus, um den Guerillakrieg zu führen. Da und dort wurde ein Betrieb angefaßt. Zog sich der Kampf etwas länger hin, oder nahm er eine größere Ausdehnung an, dann wurde der Bettelruf geschwungen, um eine kümmerliche Unterstützung für die Streikenden aufzubringen. Die Masse war unorganisiert. Sie wählte sich eine Streikleitung, die, unerfahren in diesem Aufgabengebiet, schlecht und recht ihres Amtes waltete.

Heute liegt die Führung des Lohnkampfes, der friedlichen Verhandlung sowohl wie des Streiks, in den Händen der Gewerkschaft, die über die Kräfte verfügt, die sich in gründlicher Schulung die erforderlichen Fähigkeiten für ihre Aufgabe erworben haben. Die Führung der Lohnbewegung ist zu einer Kunst geworden. Auch die Unternehmer haben geschickte Taktiker, und wer ihnen als Sekretär gegenübertritt, leistet seiner Sache keinen guten Dienst. Die sogenannte „Gewerkschafts-Opposition“, die nach dem Befehl der Moskauer Drahtzieher als die wichtigste Aufgabe bei der Führung eines Lohnkampfes die Wahl einer „Streikleitung“ fordert, propagiert damit, bei ihrem Mangel an gewerkschaftlichen Erfahrungen vermutlich unbewußt, die Rückkehr zu den Methoden einer Zeit, die für die deutschen Gewerkschaften längst überwunden ist.

Die Gewerkschaften erstreben die Erringung der bestmöglichen Arbeitsbedingungen. Das ist das Ziel, und sie bedienen sich dazu der Mittel, die bei den geringsten Opfern, die den Mitgliedern auferlegt werden, den größten Erfolg versprechen. Diese Taktik hat dazu geführt, daß die übergroße Mehrzahl der Lohnbewegungen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen erfolgreich durchgeführt wird. Das ist eine Auswirkung der Stärke der Gewerkschaften und der Tatsache, daß sie bei ihrer Bereitschaft, friedliche Verhandlungen zu führen, doch stets entschlossen sind, von ihren Kampfmitteln Gebrauch zu machen. Zahl und Umfang der geführten Kämpfe sind Zeichen der Kampfsüchtigkeit der Organisation, sie zeigen aber auch, daß doch noch recht häufig die Notwendigkeit eintritt, stärkere Argumente anzuwenden, um dem Willen der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen.

Was hier von den Gewerkschaften im allgemeinen gesagt ist, gilt insbesondere auch von unserem Deutschen Holzarbeiter-Verband. Die jetzt abgeschlossene Statistik der Lohnbewegung im Jahre 1928 zeigt, wie die der früheren Jahre, daß der Schwerpunkt unserer Lohnbewegung bei den Bewegungen ohne Streik liegt. Nachstehend geben wir eine Übersicht über die Gesamtzahl der im Jahre 1928 geführten Lohnbewegungen und ihres Ergebnisses:

	Jahr der		Erfolgreich	Erfolgreich	Erfolgreich	Am Jahresabschluss nicht beendet
	Anzahl	Beteiligten				
Angriffstreiks	120	26 702	86	21	11	2
Abwehrstreiks	7	327	7	—	—	—
Ausperrungen	8	4 460	6	1	1	—
Summe der Kämpfe 1927	135	31 489	99	22	12	2
1928	203	22 363	140	41	20	2
Lohnbewegungen ohne Streik	481	309 318				
1927	797	333 638				
Insgesamt	616	340 807				
1927	1000	355 638				

Unser Verband hat also im Jahre 1928 insgesamt 616 Lohnbewegungen mit 340 807 Beteiligten geführt, von denen 481 mit 309 318 Beteiligten durch friedliche Verhandlungen beigelegt werden konnten. Die beigefügten Vergleichszahlen für das Jahr 1927 lassen erkennen, daß die Zahl der Beteiligten an den streiklosen Bewegungen etwas geringer geworden ist, dagegen hat die Zahl der an Streiks Beteiligten gegenüber dem Jahre 1927 eine starke Steigerung erfahren. Die Zahl der Bewegungen läßt sich mit der des Vorjahres nicht vergleichen infolge einer veränderten Zählmethode. Jetzt wird jede Bewegung für einen Bezirk mit einheitlicher Lohnvereinbarung als eine Bewegung gezählt, unbekümmert um die Zahl der Betriebe und der Orte, die unter diese Vereinbarung fallen.

Bei den Lohnkämpfen überwiegen in hohem Maße die Angriffstreiks, an denen 26 207 (1927: 16 700) Personen beteiligt waren. Das ist eine Auswirkung der günstigeren Konjunktur, die es gestattete, angriffsweise auch dort vorzugehen, wo friedliche Verhandlungen nicht zum Ziele führten. Nicht in allen Fällen war dieses Vorgehen von Erfolg begleitet, doch waren von den 120 Streiks nur 11 erfolglos. Der Zuwahme der Angriffstreiks entspricht ein Rückgang der Abwehrkämpfe, an denen nur 327 (1927: 967) Personen beteiligt waren. Alle Abwehrkämpfe waren erfolgreich. Bei den Ausperrungen waren 4465 (1927: 4696) Personen in Betracht. In 6 von den 8 Fällen konnte die angesonnene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ganz und in einem Fall teilweise zurückgewiesen werden; nur in einem Fall erreichten die Unternehmer den mit der Ausperrung verfolgten Zweck.

Bei den meisten Lohnkämpfen handelte es sich um die Erzielung höherer Löhne. Interessant ist die Feststellung, daß auf diesem Gebiete die Lohnbewegungen ohne Streik die besten Ergebnisse brachten. Für 307 705 Personen wurde eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 3,56 Mt. pro Woche erzielt. Durch Angriffstreiks erreichten 25 059 Personen durchschnittlich 3,30 Mt. pro Woche, und auch bei den Ausperrungen wurden für 3784 Personen durchschnittlich 3,45 Mt. Lohnerhöhung erzielt. Insgesamt wurde für 336 548 Personen eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 3,54 Mt. pro Woche erzielt. Außerdem wurde für 127 Personen eine Lohnkürzung um durchschnittlich 5,71 Mt. pro Woche zurückgewiesen. Die Verkürzung der Arbeitszeit spielte bei der Lohnbewegung eine geringe Rolle, dagegen wurde in einer Reihe von Fällen eine Verkürzung der laut Tarifvertrag anzuordnenden Mehrarbeit angestrebt. Für 1524 Personen wurde auch ein Erfolg insofern erzielt, als die zulässige Mehrarbeit um durchschnittlich 2,6 Stunden pro Woche verkürzt wurde.

Die Lohnkämpfe erforderten eine Ausgabe von insgesamt 3 036 801 Mt., wovon die Hauptlaste 2 377 718 Mt. zu tragen hatte. Die Aufwendungen für Streikunterstützung erforderten 21,4 Prozent der Einnahmen des Verbandes. Das ist erheblich mehr als in den beiden vorausgegangenen Jahren; im Jahre 1927 wurden 6, im Jahre 1928 nur 5 Prozent der Beitragseinnahmen für Streikzwecke verwendet.

Beachtenswert ist die im Jahre 1928 gemachte Beobachtung über die Dauer der Lohnkämpfe. Im Jahre 1927 war für 11 830 Personen, das ist mehr als die Hälfte der 22 363 an Lohnkämpfen Beteiligten, der Streik in der ersten Woche beendet, und für 19 299 oder 86 Prozent betrug die Streikdauer 4 Wochen und weniger. Im Jahre 1928 hingegen hatten 13 644 oder etwa 43 Prozent der Streikenden eine Streikdauer von 4 Wochen und weniger. 7783 oder fast der vierte Teil der Streikenden mußte 14 Wochen im Kampf ausharren, und 207 Kollegen standen noch länger, bis zu 30 Wochen, im Streik.

Angesichts dieser verhältnismäßig langen Streikdauer ist das günstige Ergebnis der Lohnkämpfe doppelt erfreulich. Erfahrungsmäßig werden die Aussichten für einen Lohnkampf um so ungünstiger, je länger er dauert. Daß trotz der langen Streikdauer die Kämpfe in ganz überwiegendem Maße erfolgreich durchgeführt wurden, stellt der Disziplin und der Opferfreudigkeit der Kollegenschaft ein gutes Zeugnis aus. Das sind die Eigenschaften, die wir im Verbandsmitgliedschaften mit besonderem Eifer pflegen. Je besser sie entwickelt werden, mit um so größerer Zuversicht können wir in die Zukunft blicken.

Der Zweck des Verbandes ist es nicht, Streiks zu führen. Der Streik ist das letzte Mittel, dessen wir uns bedienen, wenn alle anderen Versuche, einen Schritt vorwärtszukommen auf dem Wege zur Verbesserung unserer Wirtschaftslage, versagt haben. Aber ungeachtet unserer Bemühungen, auf friedlichem Wege Erfolge zu erlangen, halten wir die Streikwaffe blank und rein, um sie jederzeit benutzen zu können. Das Ergebnis unserer Statistik über die Lohnbewegung im Jahre 1928, aus der hier einige Daten besprochen wurden, legt Zeugnis dafür ab, daß unser Verband diese Waffe zu führen versteht. Wir müssen weiter rüsten, wir müssen unseren Verband ausbauen, ihm immer mehr Mitglieder zuführen und sie zu opferwilligen Kämpfern erziehen. Der Satz, den wir hinsichtlich der Beziehungen zwischen den Völkern auf das schärfste betonen, hat nach wie vor Gültigkeit für die Gegensätze im Wirtschaftsleben, für die Beziehungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft: Willst du den Frieden, so rüste den Krieg!

Internationale Vergleiche der Arbeitszeit.

Der Internationale Gewerkschaftskongress in Paris 1927 hat den Vorstand des IGB beauftragt, in Verbindung mit den Landeszentralen alle zwei Jahre eine Erhebung über die Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern durchzuführen. Diesem Beschlusse ist im Oktober 1928 zum ersten Male Rechnung getragen worden. Das Ergebnis der Erhebung, die in allen Ländern in der Woche vom 1. bis 6. Oktober durchgeführt war, wird jetzt in der Monatschrift des IGB, der „Internationalen Gewerkschaftsbewegung“, veröffentlicht.

Der Vorstand des IGB bemerkt zu dem Ergebnis, daß es einen umfassenden internationalen Vergleich nicht zulasse. Einmal aus dem Grunde, daß aus 11 von den angeschlossenen 28 Ländern Angaben nicht vorliegen. Es handelt sich um folgende Staaten: Argentinien, Bulgarien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, Kanada, Litauen, Luxemburg, Rumänien und Südafrika. Durch das Fehlen dieser Länder hat die Statistik eine fühlbare Lücke. Insbesondere ist zu bedauern, daß Frankreich und Großbritannien keine Angaben gemacht haben. Wenn in diesen und in einigen anderen Ländern der Achtstundentag auch die Regel ist, so kommen in gewissen Industrien doch Unter- und Überschreitungen vor. Diese festzustellen, war der Zweck der Erhebung. Nicht die tarifliche oder gesetzliche, sondern die effektive Arbeitszeit soll ermittelt werden. Immerhin wäre es zweckmäßig gewesen, die Untersuchung auch auf die tarifliche und gesetzliche Arbeitszeit auszudehnen. Jedenfalls möchten wir dies für die folgenden Erhebungen empfehlen.

Nun zu dem Ergebnis der Erhebung. Zunächst sei noch bemerkt, daß wir die Angaben des Gewerkschaftsbundes der Tschechoslowakei, Sig Prag, die der Vorstand des IGB wegen verspäteten Einganges in den Gesamttabelle nicht mit verwerthen konnte, eingestellt haben, so daß unsere Zahlen höher sind als die allgemein veröffentlichten. Von der Erhebung wurden 5 629 597 Arbeiter und Arbeiterinnen erfaßt. Auf wieviel Betriebe diese sich verteilen, steht nicht genau fest, da aus Lettland, Österreich und Ungarn Angaben über die Zahl der Betriebe nicht vorliegen. In den anderen 13 Ländern sind 115 312 Betriebe erfaßt worden. Zahlenmäßig am stärksten ist Deutschland an der Erhebung beteiligt, nämlich mit 73 288 Betrieben und 3 826 083 Personen. Ob Deutschland auch verhältnismäßig an der Spitze steht, läßt sich schwer sagen, da uns die Gesamtzahl der Arbeiter in den anderen Ländern nicht bekannt ist. Von den 5 629 597 Arbeitern und Arbeiterinnen standen in der ersten Oktoberwoche 415 297 gleich 7,5 Prozent in Kurzarbeit. Spanien marschiert dabei mit 16,3 Prozent an der Spitze. Dann kommen Deutschland mit 9,1, Schweden und die Tschechoslowakei mit je 7,0 Prozent; die anderen Länder folgen in weitem Abstände.

Der Hauptzweck der Erhebung war, wie bereits erwähnt, die Ermittlung der tatsächlichen Arbeitszeit. Das Ergebnis entspricht im allgemeinen den Erwartungen. Für mehr als zwei Drittel, 68,8 Prozent, gilt der Achtstundentag praktisch; 7,6 Prozent davon hatten sogar eine noch kürzere Arbeitszeit. Am günstigsten liegen die Verhältnisse (wenn man von dem kleinen Memelgebiet absteht) in Belgien; hier beträgt die Wochenarbeitszeit für 96,7 Prozent der Arbeiter höchstens 48 Stunden. Am ungünstigsten liegen sie in Südafrika, aber auch hier gilt für 53,5 Prozent der erfaßten Arbeiter der Achtstundentag. In Deutschland waren es zur Zeit der Erhebung 63,3 Prozent.

Die Untersuchung erstreckte sich nicht auf alle Industrien, sondern nur auf folgende acht Wirtschaftszweige: Bauwerke, Buchdruckgewerbe, Chemische Industrie, Holzindustrie, Metallindustrie, Schuhindustrie, Textilindustrie und Bergbau. Die Ergebnisse für die Holzindustrie sind im zweiten Teil unserer Tabelle wiedergegeben. Von den 16 Ländern fehlen Südwestafrika und Österreich, von wo für die Holzindustrie überhaupt keine Angaben vorliegen, und Belgien, das für die Holzarbeiter keine getrennten Angaben gemacht hat, sondern, entsprechend den dortigen organisatorischen Verhältnissen, für die Holzarbeiter und die Bauarbeiter zusammen. Das ist bedauerlich, denn die belgische Holzindustrie hat sich in den letzten Jahren kräftig entwickelt und bringt auf dem Weltmarkt immer mehr vor, so daß es wünschenswert wäre, zu erfahren, welche Arbeitszeit die Holzarbeiter haben. Diesem Wunsche wird bei den folgenden Erhebungen hoffentlich Rechnung getragen; auch in Österreich. Aus der Holzindustrie wurden in allen beteiligten Ländern 23 194 Betriebe mit 329 795 Arbeitern und Arbeiterinnen erfaßt. Davon 15 253 Betriebe mit 222 160 Personen allein aus Deutschland. Verhältnismäßig stark sind noch beteiligt: Schweden, Dänemark, Estland und Lettland. Sehr schwach ist die Beteiligung aus Polen und der Tschechoslowakei. In der Holzindustrie ist die Arbeitszeit durchweg kürzer als im Durchschnitt aller Industrien. Während in allen beteiligten Industrien zusammen nur 68,8 Prozent der Arbeiter höchstens 48 Stunden in der Woche arbeiten, sind es in der Holzindustrie 85,6 Prozent. Am günstigsten sind die Verhältnisse in Lettland, wo 75 Prozent der beteiligten Arbeiter weniger als 48 Stunden arbeiten und weitere 1,2 Prozent 48 Stunden. In Ungarn arbeiten 4,5 Prozent weniger als 48 Stunden und 95,5 Prozent volle 48 Stunden. Im Memelgebiet und in den Niederlanden ist der Achtstundentag ohne Ausnahme durchgeführt; es wird hier auch nicht länger gearbeitet. Auch in Spanien kennt man anscheinend keine Überschreitung des Achtstundentages. Recht günstig liegen die Verhältnisse ferner in der Schweiz, in Dänemark, und dann kommt Deutschland mit 86,9 Prozent der Arbeiter mit einer Arbeitszeit von höchstens 48 Stunden. Am ungünstigsten liegen die Verhältnisse in Polen, hier gilt der Achtstundentag nur für 37,1 Prozent der Arbeiter. Also 62,9 Prozent arbeiten länger als 8 Stunden, davon 28,3 Prozent sogar länger als 10 Stunden pro Tag. Das sind geradezu himmelschreiende Zustände. In Polen sind die Arbeitszeitverhältnisse heute noch so wie in anderen Ländern vor länger als einem Menschenalter. Leider liegen die Organisationsverhältnisse in Polen so, daß an eine baldige Änderung dieser Zustände nicht zu denken ist. Aber in Polen herrschen nicht nur in bezug auf die Arbeitszeitdauer polnische Zustände, sondern auch in bezug auf die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters und die Betriebseinrichtung. Wenn der Pole 12 Stunden pro Tag arbeitet, leistet er bestimmt nicht mehr als der deutsche Arbeiter in 8 Stunden. Das sei den deutschen Unternehmern, die aus den polnischen Arbeitszeitverhältnissen Kapital für ihre eigenen Arbeitszeitwünsche ziehen wollen, mit voller Klarheit im voraus gesagt. Daß gerade wir deutschen Holzarbeiter ein lebhaftes Interesse daran haben, daß der Achtstundentag in allen Ländern restlos durchgeführt wird, braucht nicht erst betont zu werden. Wir werden alles tun, was uns diesem Ziele näherbringt. Dazu gehört die Forderung auf Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag in allen Ländern. Daß die Ratifizierung notwendig und durchführbar ist, beweisen die Ergebnisse der Erhebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Das Lohnproblem im Lichte der Konjunkturforschung.

Auf der Tagung des Bundesausschusses des IGB am 26. und 27. März in Berlin hielt der Präsident des Statistischen Reichsamts und des Instituts für Konjunkturforschung, Prof. Dr. Wagemann, einen Vortrag über „Das Lohnproblem im Lichte der Konjunkturforschung“. Nachstehend geben wir seine Ausführungen in gedrängter Kürze wieder:

Prof. Dr. Wagemann leitete seine Ausführungen ein mit einem Hinweis auf die Schwierigkeit, die nackte Lohnhöhe festzustellen. Die Tariflohnstatistik bietet kein eindeutiges Bild. Die Statistik der tatsächlichen Löhne muß zur Korrektur herangezogen werden. Es zeigen sich erhebliche Unterschiede, besonders bei den Akkordlöhnen. In der Depression pflegen die tatsächlichen Löhne den Tariflöhnen zu entsprechen, in der Hochkonjunktur gehen sie darüber hinaus. Sehr viel weiter würden wir kommen, wenn wir eine wirklich ausgebaute Produktionsstatistik hätten. Die Unterlagen für die Untersuchung der Lohnhöhe sind also unzureichend.

In der Vorkriegszeit ließen im allgemeinen die Schwankungen der Preise und Löhne parallel. In der Gegenwart scheint sich die Relation zwischen Preis- und Lohnbewegung durchaus geändert zu haben. Ein sichtbarer Zusammenhang scheint nicht zu bestehen. Bei ziemlich freier Wirtschaft setzt sich der Sach durch, daß die Preise etwas heftiger schwanken als die Löhne, daß die Bewegung im ganzen aber parallel geht. Auf diesen Beobachtungen beruht z. B. die Konjunkturtheorie von Lederer: er sagt, beim Abstieg entsteht eine Spannung zwischen Preisen und Löhnen. Die Löhne ziehen die Preise herunter. Umgekehrt beim Aufschwung. Die Löhne bleiben über dem Preisniveau stehen und ziehen die Preise hinauf.

Ist diese Auffassung richtig? Die Unternehmer behaupten: Die Löhne sollen in der Depression herabgesetzt werden. Dann besteht die Möglichkeit der Absagerweiterung, umgekehrt argumentiert — grob gesprochen — etwa Lederer. Das sind die beiden entgegenstehenden Meinungen. Offenbar kommt man mit so allgemeinen Argumenten nicht weiter. Es steht vielmehr so: Die Erhöhung der Löhne würde z. B. in der Depression bei der Textilindustrie die Konjunktur begünstigen. Freilich ist das nur eine Voraussetzung für die Steigerung der Konjunktur. Die Textilindustrie ist auf Rohstoffeinfuhr angewiesen. Dazu bedarf sie der Ausfuhr. Wie wirkt aber die Erhöhung der Löhne auf die Ausfuhrmöglichkeit? Durch niedrige Preise und Löhne wird die Ausfuhr erleichtert, die Produktion angelockt. Ähnlich liegt es für den Wohnungsbau. Der Markt der Mieten ist aber ziemlich stabil. Bei freier Wirtschaft würde also die Bauindustrie durch niedrige Löhne begünstigt.

Mit so allgemeinen Sätzen, wie sie im Kampf der Argumente verwendet werden, kommt man nicht vorwärts. Es kommt auf die Zeitspanne, in der sich die Veränderungen der Löhne und Preise in der Wirtschaft auswirken, an. Teils werden die strukturellen Momente, teils die zeitlichen Momente nicht berücksichtigt.

Die Lohnhöhe ist konjunkturpolitisch gleichgültig. Entscheidend ist die Beweglichkeit der Löhne. Bei einer völlig freien Wirtschaft gibt es keine Konjunkturbewegung. Dann gibt es eben keine Schwankungen, oder vielmehr alles, Preise, Löhne und Zinsschwankungen, gleichzeitig. Eine völlig freie Wirtschaft gab es aber nie. Nun ist schon vor dem Kriege die Bindung der Wirtschaft immer mehr fortgeschritten. Die Wirtschaft ist heute hinsichtlich der Preise zu 50 Prozent gebunden, hinsichtlich der Löhne noch mehr. In der durchgeführten Planwirtschaft kann es auch keine Schwankungen geben. Wir haben aber heute wohl eine weitgehende Bindung der Werte, aber weit weniger der Mengen.

Wird eine halbgebundene Wirtschaft die Konjunkturschwankungen erhöhen oder wird sie sie ermäßigen? Man kann sagen: Wenn ein Teil der Wirtschaft gebunden ist, werden in anderen Teilen um so heftigere Schwankungen auftreten. Ein Beispiel bietet die Inflation. In dem Maße, wie die Goldrechnung durchgeleitet wurde, um so heftiger schwankte die Valuta. In einer ähnlichen Situation befinden wir uns im halbstarren System der Wirtschaft. Die gebundene Lohnhöhe ist für die Schwankungen des gesamten Arbeitseinkommens ziemlich nebensächlich. Die (freie) Mengenbewegung ist den Konjunkturschwankungen dagegen noch ziemlich ausgesetzt. Die Ursachen, die die Konjunktur hervorgerufen, kommen von außen. Sie stoßen auf die festgelegten Wirtschaftsfaktoren (Löhne, Preise), sie wirken daher um so heftiger auf die freien Teile, z. B. den Beschäftigungsgrad. Wir stehen an der Wende der freien zur gebundenen Wirtschaft, das heißt wir befinden uns mitten in Konjunkturgewittern. Wir werden vermutlich immer mehr zur gebundenen Wirtschaft kommen.

Man kann sich nun sowohl bei hohen wie bei niedrigen Löhnen Konjunkturschwankungen vorstellen. Diese entwickeln sich aus Inkongruenzen in den Sphären der Wirtschaft, zahllosen Spannungen, von denen die Spannung zwischen Löhnen und Preisen nur eine ist.

Der Redner gab dann einen kurzen Überblick über die Diagnosen des Instituts für Konjunkturforschung. Die zwölf bisherigen Diagnosen waren vollständig richtig; Mitte 1928 erklärte das Institut: wir stehen vor einem Aufschwung. Die Lager waren nämlich geräumt. Es war also möglich, in die Lager hineinzuproduzieren. Außerdem waren von den Unternehmern Schulden aufgenommen worden zwecks neuer Produktion. Das waren die Gründe, auf die sich die Diagnose stützte. Mitte 1927 erklärte das Institut, das Maximum sei erreicht. Auch das hat sich als richtig erwiesen.

Alle beteiligten Industrien.

Länder	Von der Erhebung erfaßte Zahl der Betriebe (in Klammern)	Zahl der in diesen Betrieben Beschäftigten	Von den erfaßten Arbeitern und Arbeiterinnen arbeiteten													
			in Kurzarbeit		bei voller Beschäftigung einschließlich der Überstunden											
			Zahl	Proz.	unter 48 Stunden		48 Stunden		über 48 bis 51 Stunden		über 51 bis 54 Stunden		über 54 bis 60 Stunden		über 60 Stunden	
Belgien	2733	211481	1110	0,5	3841	1,8	209632	94,9	617	0,3	4573	2,2	639	0,3	69	—
Dänemark	16449	98577	2947	3,0	559	0,6	91416	92,7	1647	1,7	1132	1,1	791	0,8	82	0,1
Deutschland	73288	3826083	348843	9,1	245485	6,4	2176398	56,9	368962	9,6	556107	14,6	123790	3,2	6498	0,2
Estland	959	27704	134	0,5	12132	43,8	12306	44,4	788	2,8	422	1,5	1872	6,8	50	0,2
Lettland	1)	20002	—	—	12602	63,0	2070	10,4	990	4,9	1000	5,0	2540	13,2	700	3,5
Memelgebiet	22	3342	—	—	—	—	3262	97,6	—	—	—	—	80	2,4	—	—
Niederlande	4842	184614	853	0,4	29109	15,8	128659	69,7	18400	10,0	4688	2,5	1423	0,8	1502	0,8
Oesterreich	1)	348550	16731	4,8	10108	2,9	293131	84,1	15684	4,5	10108	2,9	2788	0,8	—	—
Polen	126	4180	8	0,2	484	11,6	2160	51,7	298	7,1	855	20,5	294	7,0	81	1,9
Schweden	830	127940	2988	2,3	69105	54,1	16591	13,0	5665	4,4	10527	8,2	16395	12,8	6669	5,2
Schweiz	6937	256313	17879	7,0	10343	4,0	200890	78,4	8379	3,3	9547	3,7	8021	3,1	1254	0,5
Spanien	4204	163500	1795	1,1	4775	2,9	84900	51,9	19580	12,0	47970	29,3	4330	2,7	150	0,1
Südafrika	3696	34834	5680	16,3	2097	6,0	16722	48,0	3335	9,6	—	—	7000	20,1	—	—
Südwestafrika	62	991	—	—	—	—	530	53,5	23	2,3	129	13,0	238	24,0	71	7,2
Tschechoslowakei	1157	231477	16329	7,0	5112	2,2	178624	77,2	11401	4,9	6691	2,9	8507	3,7	4813	2,1
Ungarn	1)	90003	—	—	23495	26,1	39495	43,9	7774	8,6	2762	3,1	14442	16,0	2041	2,3
Insgesamt	115312	5629597	415297	7,5	429247	7,6	3447786	61,2	463543	8,2	656491	11,7	193253	3,4	23980	0,4

Holzindustrie.

Länder	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Arbeitszeitverhältnisse													
			Zahl	Proz.	unter 48 Stunden		48 Stunden		über 48 bis 51 Stunden		über 51 bis 54 Stunden		über 54 bis 60 Stunden		über 60 Stunden	
Dänemark	4816	13633	513	3,8	16	—	12714	93,3	330	2,4	43	0,3	16	—	1	—
Deutschland	15253	222160	11199	5,0	25152	11,3	167888	75,6	9902	4,5	6471	2,9	1493	0,7	75	—
Estland	277	6830	30	0,4	2285	33,5	3081	45,1	137	2,0	70	1,0	1215	17,8	12	0,2
Letland	1)	4000	—	—	3000	75,0	50	1,2	150	3,8	200	5,0	400	10,0	200	5,0
Memelgebiet	5	1314	—	—	—	—	1314	100	—	—	—	—	—	—	—	—
Niederlande	512	5807	—	—	—	—	5807	100	—	—	—	—	—	—	—	—
Oesterreich	1)	250	—	—	102	40,8	32	12,8	25	10,0	67	26,8	24	9,6	—	—
Polen	70	4345	339	7,8	1254	28,9	356	8,2	190	4,4	259	6,0	719	16,4	1228	28,3
Schweden	876	49560	1653	3,3	1801	3,6	39458	79,4	2826	5,7	2141	4,3	1617	3,3	178	0,4
Schweiz	760	5000	20	0,4	1800	36,0	3100	62,0	30	0,6	50	1,0	—	—	—	—
Spanien	391	2126	630	29,6	—	—	1496	70,4	—	—	—	—	—	—	—	—
Tschechoslowakei	222	9270	265	2,9	—	—	6216	67,1	817	8,8	468	5,0	1286	13,9	218	2,3
Ungarn	1)	5391	—	—	240	4,5	5151	95,5	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt	23194	329766	14649	4,4	35650	10,8	246638	74,8	14407	4,4	9769	3,0	6770	2,0	1912	0,6

Das Lohnproblem ist keine konjunkturpolitische Frage. Das Lohnproblem ist ein strukturpolitisches Problem, ein Problem der volkswirtschaftlichen Organisation.

Nun ist von Amerika her dieses Problem ins Bewusstsein der Menschheit getreten. Die Formel ist: hohe Löhne bei sinkenden Preisen und steigender Produktion. Kann Europa das gleiche Rezept befolgen? Es wäre sehr verlockend. Aber Amerika hat vergleichsweise sehr große Bodenschätze, ein geringes Arbeitsangebot, einen durch die Kriegsgewinne gesteigerten Kapitalüberfluß. Die Arbeit ist gering an Zahl gegenüber dem Kapital: das gibt der Arbeit eine natürliche Überlegenheit. Die amerikanische Lohnpolitik hat dahin geführt, daß das Einkommen der großen Volksmassen sich immer einheitlicher ausgebildet hat. Das hat zu einer Einheitlichkeit des Verbrauches geführt, zu einer Vergrößerung der Märkte, zur Massenproduktion und einer darauf sich aufbauenden Rationalisierung.

Der Redner erinnerte zum Schluß an ein Wort von Konfuzius. Er sagte, es gibt drei Wege zur Vollkommenheit. Den ersten der Nachahmung. Dieser Weg ist der bequemste, aber man kann leicht auf ihm straucheln. Der zweite, bittere Weg ist der der Erfahrung. Er ist gefährlich; er kostet Zeit; auf ihm wird man nur langsam zu dem gewünschten Ziel kommen. Der dritte Weg ist der des Nachdenkens. Er ist der Weg, den wir gehen müssen. Es ist der Weg des konstruktiven schöpferischen Geistes. Aber der Geisteskampf wird bei uns zurzeit mit stumpfen Waffen geführt.

Dem Vortrag folgte eine Aussprache, an der sich Eggert vom Bundesvorstand, Brandes vom Metallarbeiter-Verband, Bernhard vom Baugewerksbund und unser Bundsvorsitzender, Kollege Tarnow, beteiligten. Mit Rücksicht auf den Raum beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Ausführungen des Kollegen Tarnow:

Prof. Dr. Wagemann ist Diagnostiker am Krankenbett der Wirtschaft, aber der behandelnde Arzt ist der Wirtschaftspolitiker. Selbstverständlich können nicht mechanisch Löhne erhöht oder gesenkt werden. Gewiß, in der völlig freien Wirtschaft hätten Konjunkturschwankungen nicht eintreten können. Sie hat es freilich nie gegeben. Der menschliche Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft ist immer dagewesen. Es hat eine konjunkturlose Wirtschaft in der kapitalistischen Ära nie gegeben. Die liberale Theorie paßt nicht auf die kapitalistische Entwicklung. Die Produktion ist schneller gewachsen als die Absatzmöglichkeiten. Daraus ist der expansive Imperialismus zurückzuführen. Das Problem des Kapitalismus ist, die gesteigerte Produktivität richtig anzuwenden. Die frühere Methode, neue Absatzländer zu erschließen, ist nach dem Kriege nicht mehr anwendbar. Wir erleben eine rückläufige Kolonisationsbewegung. Wir müssen daher die Lösung des Problems innerhalb der nationalen Grenzen finden. Professor Wagemann sprach von der Bedeutung der Beweglichkeit der Löhne. Ins Praktische übersetzt, bedeutet Beweglichkeit der Löhne für die Gegenseite des sozialen Kampfes Zerschlagung der Tariflöhne, da angeblich nur mit sinkenden Löhnen die Gesteigungskosten gesenkt werden können. Entscheidend ist aber, daß die Gesteigungskosten durch sinkende Löhne gar nicht entsprechend der Senkung der Löhne gesenkt werden können. Die sichere Wirkung einer solchen Aktion wäre bei gleichbleibenden Preisen eine Senkung der Kaufkraft, damit der Absatzmöglichkeit und der Produktion. In einer stark mit fixem Kapital durchsetzten Wirtschaft ist die Senkung der Löhne notwendig mit einem Ausfall an Kaufkraft verknüpft.

Die Unternehmer sagen, die Gewerkschaften vergessen die Kapitalarmut der Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft ist auf eine Vergrößerung der Kapitaldecke angewiesen, sie arbeitet tatsächlich in weitem Umfang mit Anleihen des Auslandes. Ein Weg scheint zu sein: Einschränkung des Verbrauchs, um Kapital zu sparen. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge verbieten, dieses Rezept anzuwenden. Es ist schwierig, festzustellen, was an Kapital heute erspart werden kann. Die Berichte der Spartassen weisen auf eine schnellere Spartätigkeit als in der Vorkriegszeit hin. Indessen das große Kapital wird gespart in der Industrie selbst. Man weiß nur, daß in einer Reihe von Industrien sehr viel Gewinne erzielt und zur Erweiterung der Produktionsanlagen verwendet werden. Die Aktienkurse steigen, sie scheinen aber nicht entfernt den wirklichen Wertzuwachs zu repräsentieren. Trotzdem reicht die Kapitaldecke nicht aus, Ersparnisse an Kapital können scheinbar gemacht werden, aber es verschwindet, d. h. es wird vernichtet in falschen Anlagen. Ein Beispiel liefert die deutsche Kallindustrie. Ihre Absatzmöglichkeit hat sich seit der Vorkriegszeit nicht wesentlich vergrößert. Aber die Zahl der Werke hatte sich vermehrt. Das Kapital war jedoch nicht größer geworden, die Rente nicht gestiegen. Infolgedessen hat man die Zahl der Kallwerke von 205 im Jahre 1921 auf 13 beschränkt, welche die gleiche Produktion ausbringen. Eine Milliarde ist auf diese Weise dem Verbrauch entzogen worden. Tatsächlich wird in allen Industriezweigen überkapitalisiert. Das zeigt z. B. die Maschinenbau-Industrie. 1926 waren die vorhandenen Anlagen zu 51 Prozent ausgenutzt, 1927, in der Hochkonjunktur, betrug die Ausnutzung 64 Prozent. Jede Möglichkeit, Kapital zu bekommen, wird benutzt, um mehr Kapital zu investieren. Es kommt aber darauf an, wie es verwandt wird.

Wir haben ein sehr einfaches Argument, das nicht entwertet werden kann. Der Sinn der Wirtschaft ist die Versorgung der Menschen mit dem, was sie notwendig gebrauchen. Eine Maschine, die nicht leistet, was sie soll, muß so konstruiert werden, daß sie es leistet. Diese Forderung muß auch auf die Wirtschaft gerichtet werden. Die Arbeitsleistung auf den Kopf des Arbeiters ist

auf vielen Gebieten gewaltig gestiegen. Mit den anderen Faktoren zusammen ohne Zweifel eine gewaltige Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität. Daher müssen wir verlangen, daß sich — gerade auch im kapitalistischen Interesse — diese Produktivität auswirkt. Die Forderung nach höherem Lohn ist nur eines der Mittel zu diesem Zweck. Wir befinden uns in einem Übergangsstadium. Der Weg führt, wie auch Professor Wagemann sagte, zu einer gebundenen Wirtschaft. Die Alternative lautet: Entweder zurück zur alten freien Wirtschaft oder vorwärts zur gebundenen Wirtschaft. Die Entscheidung steht nicht im Belieben der Menschen. Sie ist zwangsläufig gegeben. Wir haben auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress die Ansicht, daß diese Entscheidung unausweichlich bestimmt sei durch unsere Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft, klar zum Ausdruck gebracht.

Der Bundesvorsitzende Leipart brachte die Aussprache mit folgenden Ausführungen zum Abschluß: Sehr vieles von dem, was Prof. Dr. Wagemann gesagt hat, entspricht auch unseren Auffassungen. Die Punkte, in denen wir nicht mit ihm übereinstimmen, sind von den Diskussionsrednern nachdrücklich hervorgehoben worden. Die Aussprache wird auch für ihn wertvolle Anregungen gebracht haben. Bernhard hat gesagt: Lohnpolitik sei Machtpolitik. Ich muß demgegenüber doch korrigierend feststellen: Lohnpolitik ist Wirtschaftspolitik. Der uns gegenüber von den Unternehmern erhobene Vorwurf, daß wir auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft keinerlei Rücksicht nehmen, ist unberechtigt. Unsere Lohnpolitik ist nicht wirtschaftsschädigend, sondern wirtschaftsfördernd. Aber solange die Unternehmer den positiven Sinn der gewerkschaftlichen Lohnpolitik nicht verstehen, ist allerdings unsere Lohnpolitik notwendigerweise auch Machtpolitik. Wir hoffen, daß die von Professor Wagemann beklagte unfruchtbare Einstellung der Wissenschaft einer tieferen und auch für die praktische Wirtschaftsgestaltung bedeutungsvolleren Gedankenarbeit weicht. Wir unsererseits sind jedenfalls zur Zusammenarbeit mit dem Institut für Konjunkturforschung und darüber hinaus mit den Kreisen der Wissenschaft bereit.

Vertrauen auf die Zukunft der deutschen Wirtschaft.

Die Auto- und Fahrradfabrik Opel in Rüsselsheim ist von der größten Automobilfabrik der Welt, der General Motors Co., aufgekauft worden. Damit ist Deutschlands größte und besteingegerichtete Fabrik dieser Branche in ausländischen Besitz übergegangen. Aber die wirtschaftliche Bedeutung dieser Aktion wird gelegentlich noch zu reden sein. Heute soll diese Angelegenheit von einer anderen Seite betrachtet werden.

Der Übergang der Opel-Werte in die Hände ausländischer Kapitalisten wirft ein eigentümliches Licht auf die Klagen der deutschen Unternehmer über die Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Wirtschaft zu kämpfen habe. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen, das Schlichtungswesen und die Sozialpolitik spielen dabei die größte Rolle. Der Verband sächsischer Industrieller glaubte sogar noch vor einigen Wochen warnend seine Stimme erheben zu müssen, weil zahlreiche Betriebe aus Deutschland auswanderten und sich im Ausland, namentlich in der Tschechoslowakei, neu festlegten. Dies liege nur daran, weil das Ausland mit viel weniger Schwierigkeiten zu rechnen habe als die Industrie hierzulande.

Nun kommt der größte Automobilkonzern der Welt nach Deutschland, um von hier aus den europäischen Markt zu bearbeiten. Bevor die General Motors sich zur endgültigen Übernahme der Opelbetriebe bereit erklärt haben, werden sie noch andere Projekte sorgfältig untersucht haben. Es ist bekannt, daß mit dem französischen Automobilwerk Citroën und mit anderen Betrieben Europas von den Männern der General Motors verhandelt wurde. Dennoch hat man sich für Deutschland entschieden. Und dies trotz der hohen Steuern und der „ungefunden“ Sozialpolitik, trotz der Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften, trotz des Tarifvertragsystems und der hohen Zollmauern, die die Nachbarstaaten gegen Automobile errichtet haben. Also trotz alledem und alledem glauben die Amerikaner, in Deutschland rentabler wirtschaften zu können.

Diese Zuversicht vergleiche man mit den Müdigkeitserscheinungen und dem pessimistischen Jammergeschrei, mit

welchem die deutschen Unternehmer Tag für Tag händeringend vor die Öffentlichkeit treten. Nur dem Mutigen gehört die Welt! Dieses Sprichwort hat auch im Geschäftsleben seine Geltung noch nicht verloren. Es wäre gut, wenn sich die deutschen Unternehmer dessen erinnern.

Herstellungspreis 6 Mt., Verkaufspreis 20 Mt.

Die Kunstseidenindustrie hat in den letzten Jahren einen so starken Aufschwung genommen, daß die Unternehmer nicht wissen, wohin mit der Ware. Der Verbrauch von Kunstseide steigt ständig, aber doch nicht so stark und so rasch wie die Produktion. Die Fabrikanten der Viscose-Seide sind, um den Absatz zu fördern, mit den Preisen heruntergegangen, der Preis der bekannten Bemberg-Seide ist dagegen nach wie vor sehr hoch. Über die Preispolitik der Bemberg-Gesellschaft wird der „Vossischen Zeitung“ aus Kreisen der Textilindustrie folgendes geschrieben:

„Wenn Bemberg eine Absatzsteigerung von etwa 20 Prozent angibt, so ist in dieser Absatzsteigerung die Produktion des J. G. Farbenwerkes Dormagen mit 5000 Kilogramm Tagesherstellung sowie die von Höfenseide G. m. b. H. enthalten. Diese drei Werke stehen in einem Konzernverhältnis, um die Preise hochzuhalten. Bei einem Herstellungspreis von etwa 6 Mt. pro Kilogramm wird das Material mit etwa 20 Mt. verkauft. Tatsächlich hat aber Bemberg die ganze zweite Hälfte des Jahres nur mit etwa 50 bis 60 Prozent seiner Kapazität gearbeitet, einestells wegen angeblichen Wassermangels und andererseits, um nicht durch Lager zur Herabsetzung der Preise gezwungen zu werden. Diese Hochhaltung der Preise geschah auf Kosten der Allgemeinheit, denn da die Arbeiter nur drei Tage in der Woche beschäftigt wurden, erhielten sie für die restlichen drei Tage Arbeitslosenunterstützung. Da Kupferseide qualitativ besser ist als die Viscose, so wäre bei entsprechender Preiserhöhung der Konsum angeregt worden, denn ebenso wie Viscose praktisch etwa 35 bis 40 Prozent nach Auflösung der Konvention gefallen ist und trotzdem den Spinnern noch eine entsprechende Gewinnmarge läßt, dürfte auch bei Kupferseide eine Herabsetzung der Preise mehr als angebracht sein. Zu berücksichtigen ist, daß Bemberg die weiterverarbeitende Industrie zwingt, besonders hohe Preise zu fordern, und Strafen für billige Verkäufe setzt. Wir haben allerdings ein Reichswirtschaftsministerium, das auf Grund der Kartellverordnung sich eigentlich um derartige Fragen kümmern sollte, aber es scheint, daß dieses Ministerium auf diesem Gebiet ein Dornröschendasein führt und selbst durch recht deutliche direkte Anträge sich bei Preisfragen der Kartelle aus seinem Schlummer nicht wecken läßt.“

Wenn die Kunstseidenfabriken solche mühelose Gewinne machen können, ist es freilich kein Wunder, daß sie kaum noch wissen, wohin mit dem vielen Geld. Jetzt gehen sie dazu über, im Ausland große Fabriken zu gründen, deren Kosten von den deutschen Verbrauchern von Kunstseide aufgebracht werden müssen. Es ist in der Tat notwendig, daß das Reichswirtschaftsministerium sich einmal um diese Dinge kümmert.

Aufsichtsratsantienemen bei den Großbanken.

Die Großbanken haben sich immer durch große Freigebigkeit ihren Aufsichtsräten gegenüber ausgezeichnet. Auch die Geschäftsabschlüsse für 1928 zeigen, daß die Großbanken nicht aus der Übung gekommen sind. Die sechs Berliner Großbanken (Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank, Danabank, Handelsgesellschaft und Commerz-Bank) haben an ihre Aufsichtsratsmitglieder das nette Sümmchen von 3,07 Millionen Mark als Antienemen ausgeschüttet. An der Spitze steht die Deutsche Bank mit 677 000 Mt., bis herunter zur Handelsgesellschaft, wo die Aufsichtsratsmitglieder 200 000 Mt. einstecken konnten. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder bei der Deutschen Bank beträgt 65. Demnach bekommt jedes Mitglied die runde Summe von 10 000 Mt. Das ist immerhin eine nette Entschädigung für die verhältnismäßig wenigen Sitzungen, die im Jahre stattfinden. Es gibt eben Leute, die ihr Geld leichter verdienen können als die schwerarbeitenden Hand- und Kopfarbeiter.

Vorsicht bei der Auswanderung nach Südwestafrika.

Der Arbeiterverband für Südwestafrika schreibt uns, daß immer wieder deutsche Arbeiter einwandern unter Bedingungen, die ihnen kaum die Möglichkeit zum Leben geben. Auch in Südwestafrika herrscht ein Überangebot von Arbeitskräften, so daß der Ausländer in der Regel nur dann Arbeit bekommt, wenn er weit unter dem ortsüblichen Lohn arbeitet.

Wer nach Südwestafrika gehen will, erkundige sich erst nach den für ihn in Betracht kommenden ortsüblichen Lohnsätzen. Die Reise muß bezahlt und die Rückreisevergütung nach 2 bis 3 Jahren garantiert sein. Bei Abfassung von Kontrakten sind genau festzulegen: 1. Tägliche Arbeitszeit, 2. wöchentliche Freizeit, 3. jährliche Ferien, 4. Lohn bei Krankheit und Haftpflicht des Unternehmers für Arzt- und Krankenhauskosten, 5. wenn freie Station, unbedingt eigenes verschließbares Zimmer, 6. genaue Angaben der zu leistenden Arbeiten (nicht allgemeine Angaben, sondern detailliert), 7. Zahlung des Gehaltes in bar, 8. Kündigung. Kontrakte müssen vom englischen Konsulat gestempelt sein. (Kosten etwa 5 Mt.)

Der Arbeiter-Verband für Südwestafrika, Windhof, SWA., Postfach 153, ist auf Anfragen gern bereit, Auskunft zu geben. Allen aber, die hier einwandern, sei geraten, sich gleich nach der Ankunft mit dem Arbeiter-Verband für Südwestafrika in Verbindung zu setzen, der seinen Mitgliedern auch Rechtsschutz gewährt.





Aus dem Verbandsleben



Weitere Verlängerung des Mantelvertrages.

Am 25. März ist die zentrale Verhandlungskommission in Berlin zu einer neuen Sitzung zusammengetreten, die sich bis zum 28. März ausdehnte. Bekanntlich liegen die Verhandlungen zwei Vorlagen zugrunde, von denen je eine von unseren Kollegen und vom Arbeitgeberverband ausgearbeitet wurde. Soweit in diesen Vorlagen die Bestimmungen des seitherigen Vertrages übernommen wurden, war eine Verständigung verhältnismäßig leicht möglich. Allerdings hat es auch hier schon Schwierigkeiten gegeben in solchen Fällen, in denen unsere Vorlage dem seitherigen Vertragstext entsprach, während die Unternehmer Verschlechterungen durchdrücken wollten. Diese Versuche sind durchweg zurückgewiesen worden.

Aber damit ist noch nichts gewonnen, denn nach dem Willen der Kollegenschaft ist ja der Mantelvertrag gekündigt worden, um Verbesserungen zu erreichen. Diesen Forderungen gegenüber verhalten sich die Unternehmer entschieden ablehnend. So sind wohl die Vorlagen in langwierigen Verhandlungen wiederholt durchberaten worden, aber in allen wichtigen Fragen, so insbesondere in den Kapiteln über die Arbeitszeit, die Ferien, den Arbeitslohn (Altersklassenschlüssel, die Begriffe Facharbeiter, Angelernte und Hilfsarbeiter usw.) und den Bestimmungen über das Lehrlingswesen (vertragliche Festsetzung der Entschädigungssätze und der Ferien für die Lehrlinge) hat sich eine Einigung als unmöglich erwiesen.

Bei dieser Sachlage stimmte die Verhandlungskommission einem Vorschlag des Arbeitgeberverbandes zu, für die weiteren Verhandlungen einen Unparteiischen hinzuzuziehen. Man einigte sich, dieses Amt dem Professor Dr. Brahn anzuvertrauen, der schon früher eine ähnliche Funktion im Holzgewerbe ausgeübt hat. Herr Professor Dr. Brahn hat den Auftrag übernommen. Unter seinem Vorsitz wird die Verhandlungskommission am 9. April in Stuttgart zusammentreten. Die Aufgabe des Unparteiischen soll aber nicht etwa darin bestehen, Schiedssprüche zu fällen, er soll lediglich den Parteien Vermittlungsvorschläge machen. Wenn diese die Zustimmung der Verhandlungskommission finden, dann werden sie dem bisherigen Verhandlungsergebnis hinzugefügt. Werden die Vorschläge nicht von den Vertretern beider Parteien angenommen, dann bleiben die Fragen offen, und was weiter zu geschehen hat, unterliegt einer späteren Beschlussfassung.

Ob es gelingt, in der Stuttgarter Sitzung die Verhandlungen über den Mantelvertrag zum Abschluss zu bringen, steht noch dahin. Aber selbst diesen Fall vorausgesetzt, dürfte es noch einige Wochen dauern, bis die Verhandlungskommission den Parteien einen fertigen Entwurf vorlegen kann. Neben den zentralen Verhandlungen müssen die bezirklichen Beratungen über die Ortsklasseneinteilung und über die Erneuerung der Bezirkstarifverträge geführt werden. Ferner muß das zentrale Schiedsgericht noch die Entscheidung über die Ortsklasseneinteilung der Geldlohnstädte treffen, und schließlich müssen in absehbarer Zeit auch die Verhandlungen über die Erneuerung der Lohnkartei aufgenommen werden.

Um diese schwierigen Arbeiten nicht zu stören, haben die beiderseitigen Zentralvorstände vereinbart, den Mantelvertrag einschließlich der Lohnabkommen bis zum 10. Mai zu verlängern. Die getroffene Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

Bereinbarung.

Die unterzeichneten Vertragsparteien treffen folgende Vereinbarung:

1. Der Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe vom 15. Februar 1927,
 2. die dazugehörigen Bezirkstarifverträge,
 3. die zentrale Vereinbarung über die Regelung der tariflichen Geldlöhne vom 25. Februar 1928,
 4. die dazugehörigen Bezirkslohnstarife
- werden bis einschließlich 10. Mai 1929 verlängert.

Berlin, den 28. März 1929.

(Folgen Unterschriften.)

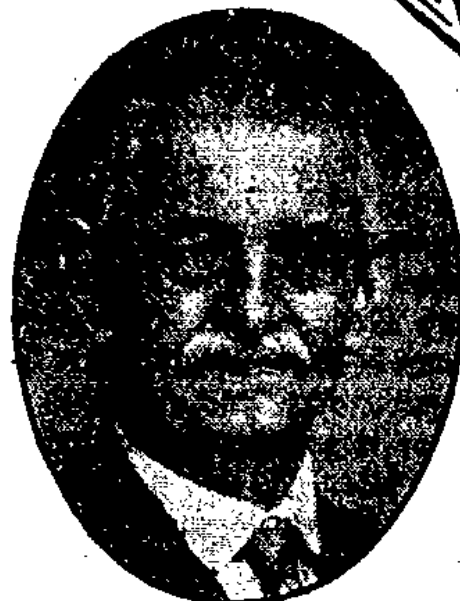
Wie die Verhandlungen schließlich ausgehen, ist noch völlig ungewiß. Es ist denkbar, daß es zu einer friedlichen Verständigung kommt. Darüber besteht aber keinerlei Gewißheit, und wir haben es schon erlebt, daß aufeinander gegenseitige Verhandlungen plötzlich von Fanatikern unterbrochen wurden, die zu lösen die Gegenseite für gut fanden. Deshalb müssen wir unsere Kollegen immer wieder warnen, daß nach dem ruhigen Verlauf der Verhandlungen in Eiderstedt Gefahr zu liegen. Diese friedliche Stille kann plötzlich durch einen Sturm unterbrochen werden. Darauf müssen wir gefaßt sein, und deshalb ist feste Bereitschaft notwendig.

Die Verlängerung des Mantelvertrages hat übrigens für manche Kollegen eine materielle Bedeutung. Mit dem 1. April hat die Ferienperiode begonnen. Durch die Fortdauer des Mantelvertrages ist das Anrecht auf Ferien auch für die Kollegen außer Zweifel gestellt, die ihr Arbeits-

verhältnis lösen, oder die entlassen werden, sofern die vertraglichen Voraussetzungen im übrigen erfüllt sind. Wer aus seinem Arbeitsverhältnis ausscheidet, muß seinen Ferienanspruch sofort oder spätestens innerhalb fünf Tagen geltend machen. Aber auch diejenigen Kollegen, deren Arbeitsverhältnis weiterbesteht, tun gut, sich über die Ferienbestimmungen des Tarifvertrages genau zu unterrichten, um für alle Fälle ihre erworbenen Rechte zu wahren.



Albert Koppens.



Friedrich Müller.

Mitglieder der Verwaltungsstelle Brandenburg (Havel), die seit 1889 ununterbrochen organisiert und im Verband tätig sind. Koppens ist Mitgründer der Verwaltungsstelle.

Gautag Breslau.

Auf dem Gautage, der am 9. und 10. März in Breslau stattfand, waren von den 87 Verwaltungsstellen 86 mit 99 Delegierten vertreten. Als Vertreter des Verbandsvorstandes war Kollege Schneegäß erschienen. Gauvorsteher Kollege Kohl ergänzte den gedruckt vorliegenden Bericht durch bemerkenswerte Hinweise und Zahlen. Die Arbeitslosigkeit im Gau betrug am 1. Januar 1927 27,35 Prozent, sie erreichte im Oktober 1927 die niedrigste Ziffer mit 8 Prozent, bis zum 31. Dezember 1928 war sie wieder auf 25,29 Prozent angescchwollen. Trotzdem war unsere Mitgliederzahl im ständigen Steigen begriffen; sie konnte in den beiden Berichtsjahren von 15 535 auf 19 182, also um 3647 gleich 23,5 Prozent gesteigert werden. Besonders erfreulich ist der Zuwachs an jugendlichen Mitgliedern, welcher 502 gleich 62 Prozent betrug. Versammlungen zum Zwecke der Aufklärung und Agitation wurden unter Teilnahme der Gauvorsteher und Bezirksleiter und auswärtiger Referenten 1214 abgehalten. Die Vertrags- und Lohnbewegung der letzten beiden Jahre für alle unsere Branchen wurde nochmals eingehend beleuchtet. Zur Durchführung der Verträge bzw. um den Mitgliedern zu ihrem Recht zu verhelfen, waren außer den vielen Verhandlungen vor den vertraglichen Schiedsinstanzen allein im Jahre 1928 349 Klagen bei den Arbeitsgerichten notwendig. Hervorzuheben ist noch aus dem Bericht eine interessante Darstellung über die Veränderungen, Entwicklung und den Stand unserer größeren Betriebe in den einzelnen Branchen und die Zurückdrängung des gelernten Facharbeiters in diesen Betrieben. Die Tätigkeit des Gauvorstandes wurde einstimmig anerkannt.

Aber den Verbandstag in Bremen referierte Kollege Schneegäß in zweistündigen sehr instruktiven und interessanten Ausführungen. Die ganze Entwicklungsgeschichte des Verbandes und seiner Einrichtungen besonders in der Nachkriegszeit zog an unseren Augen vorüber. Das gegen früher ungleich größere Aufgabengebiet des Verbandes auf Grund der politischen, wirtschaftlichen und technischen Veränderungen wurde klar dargestellt und damit die Aufgaben des nächsten Verbandstages gezeichnet. — Die Aussprache hierüber, insbesondere aber über die gestellten Anträge, war sehr reger und ausgiebig. Von den 46 gestellten Anträgen wurden 10 dem Verbandstage überwiesen.

Gautag Frankfurt a. M.

Der Gautag des Gau Frankfurt fand am 23. und 24. März im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. M. statt. Anwesend waren 20 Delegierte, die 70 Verwaltungsstellen vertraten. Vom Hauptvorstand nahm Kollege Lehmann an den Verhandlungen teil.

Mit Lehmann dieses Nimmars ist der 15. Monatsbeitrag fällig

Kollege Weidner berichtete über die Tätigkeit des Gauvorstandes auf dem Gebiet der Lohn- und Tarifbewegungen. Er konstatierte, daß in allen Tarifgebieten des Gaues wie auch in allen Branchen die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Erfolg während der letzten zwei Jahre betrieben worden ist. Die erreichten Lohnaufbesserungen liegen, soweit die holzverarbeitende Industrie in Frage kommt, nicht unter 15 Pf. pro Stunde in den Spitzenlöhnen. Auch in der Sägewerks-, der Sperrholz-, der Bürstenindustrie usw. konnten Lohn erhöhungen im Ausmaß bis zu 14 Pf. pro Stunde durchgesetzt werden. Eine Anzahl Manteltarifverträge konnten mit wesentlichen Verbesserungen neu abgeschlossen werden. Ein zehntägiger Streik in der Kamm- und Haarschmuckindustrie brachte vollen Erfolg. Auch in den gemischten Betrieben der chemischen Industrie und in der Metallindustrie ist durch unsere tatkräftige Mitwirkung ein Erfolg für die Kollegen herausgeholt worden.

Kollege Seinemann behandelte die Organisation und Agitation. Der Beschäftigungsgrad war im Jahre 1927 zufriedenstellend, während der ersten Hälfte im Jahre 1928 jedoch mäßig. Am Ende des letzten Jahres ist eine starke Verschlechterung eingetreten. Die gedrückte Wirtschaftslage beeinträchtigte auch die Werbetätigkeit. Dennoch haben wir über 500 Werbeversammlungen abhalten können. Die Zahl der Mitglieder ist in der Berichtsperiode um etwa 3300 gestiegen, sie beträgt zurzeit 21 210. In der gleichen Zeit konnten 6 Verwaltungsstellen neu errichtet werden; 4 Verwaltungsstellen mußten wegen Wegfalls der Voraussetzungen geschlossen werden. Der Gau umfaßt jetzt 77 Verwaltungsstellen. Vor den Arbeitsgerichten mußten wir eine große Anzahl von Prozessen führen. Den Kassengeschäften muß noch weit mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden. Unsere Jugendarbeit ist auch von Erfolg begleitet gewesen. Es gilt, in der kommenden Zeit eifrig für die Organisation zu wirken, damit der sozialen Reaktion ein starker Schutzwall für die Arbeiter gegenübersteht.

Die Diskussion, die sehr umfangreich war, bewegte sich im zustimmenden Sinne. Die Tätigkeit des Gauvorstandes wurde allseitig anerkannt, und kam der einmütige Wille zum Ausdruck, für die Organisation unablässig tätig zu sein.

Kollege Lehmann besprach die Tagesordnung des Verbandstages in Bremen und behandelte vor allem den inneren Ausbau der Organisation und die Aufgaben in der Verwaltung. Er betonte, daß der Verband nicht nur an Mitgliedern erstarkt sei, sondern auch in finanzieller Beziehung gerüstet dastünde und die Aufgaben der kommenden Zeit im Interesse der Mitglieder erfüllen werde. Das Referat wurde ebenfalls beifällig aufgenommen. Die Diskussion ließ das Verständnis für die Aufgaben des Verbandes und den Willen der Delegierten zur Mitarbeit ebenfalls erkennen. Nach der Annahme einiger Anträge wurde der Gautag geschlossen.

Knopfarbeiter in Berlin.

Für die Knopfindustrie in Groß-Berlin besteht seit dem 9. August 1927 ein Lohnabkommen, das seinerzeit für allgemeinverbindlich erklärt wurde. Nunmehr ist es gelungen, ohne formelle Kündigung des Vertrages eine Erhöhung der Lohnsätze zu erreichen. Mit dem Arbeitgeberverband der Knopfindustrie in Berlin ist vereinbart worden, daß ab 28. März eine Erhöhung um 4 Prozent in Kraft tritt, damit steigt der Vertragslohn der Facharbeiter von 103 Pf. auf 107 Pf. Bei der Gelegenheit wurden auch einige andere Bestimmungen des bisherigen Lohnabkommens geändert.

Harmonikaindustrie in Gera-Altendorf.

In der Lohnbewegung der Harmonikaarbeiter in Gera-Altendorf hat der Schlichtungsausschuß für Thüringen am 26. März einen Schiedsspruch gefällt, nach welchem der Spitzenlohn ab 16. März von 78 Pf. auf 80 Pf., ab 15. April 1930 auf 82 Pf. erhöht wird. Die Akkordbasis bleibt wie bisher, doch erhalten die Akkordarbeiter jeweils die gleiche Pfennigzulage wie die Zeitlöhner. Das Abkommen gilt bis 30. September 1930.

Striegau. Die Generalversammlung der A.-G. für Bürstenindustrie Striegau-Lübeck hat die völlige Auflösung des Unternehmens beschlossen. Nach Zeitungsmeldungen hat eine Unternehmerrunde die Absicht, die Striegauer Fabrikräume zu erwerben, um dort ein Werk für Wiener Stühle (Bügelholzmöbel) einzurichten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen; wir würden es begrüßen, wenn sie bald zu einem Erfolg führten. Zurzeit hat die Verwaltungsstelle noch ungefähr 200 arbeitslose Mitglieder.

Witten. Unsere Verwaltungsstelle kann nun auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand eine Jubiläumssfeier statt, die zahlreich besucht war. Großen Beifall fand die Festrede des Kollegen Hartung, Gauvorsteher in Düsseldorf. Mögen die jungen Kollegen ebenso eifrig für den Verband arbeiten wie die alten, das war der Wunsch und das Gebetswort aller Teilnehmer der Veranstaltung.



Holzindustrie



Unsere Klavierausfuhr nach Ländern.

Im Jahre 1913 wurden 76 463 Klaviere (Pianos und Flügel) ausgeführt, 1928 dagegen nur noch 34 351. Die Ursachen des Ausfuhrrückganges sind hier wiederholt behandelt worden. Nur die zwei Hauptursachen seien noch einmal kurz erwähnt: Die Zollpolitik des Auslandes und die zunehmende Abneigung gegen das Klavier. Früher gehörte der Besitz eines Klaviers zum guten Ton des „besseren“ Bürgers. Wehe der Tochter eines Beamten oder Krämers, die nicht Klavier spielen konnte! Den Jungen dieser Kreise ging es nicht viel besser. Auch wenn sie keinen Funken musikalischen Gefühls hatten, sie mußten Stunden auf Stunden nehmen; dazu meistens noch bei Klavierlehrern, die selber nicht viel konnten. Mit Schaudern denken manche an diese Zeit zurück. Aus dieser Stimmung heraus entstehen dann „Gedichte“ wie jenes, das die „Bosfische Zeitung“ kürzlich veröffentlichte, und in welchem es u. a. heißt:

„Wie froh bin ich, daß die Klaviere langsam sterben,
So werden sie vielen Jungen nicht mehr ihre schulfreien
Nachmittage verderben!

Erinnert euch, so um das Jahr 1900 war dies beliebt,
Da sprach die Mutter: „Jetzt ist es Zeit, daß jemand unserem
Anton Klavierunterricht gibt!“

Und der Vater schrieb an den Professor Gustav Steuermann:
„Sehr geehrter Herr Professor, bitte, fangen Sie am 1. Mai
mit dem Klavierunterricht bei meinem Sohne an!“

Das ging Jahre hindurch mit Etüden, Paraphrasen und Rondo,
à 50 Pfennig die Stunde: im Laufe der Zeit ein ziemlich
erledliches Konto.

Aber in mich fiel eine schmerzende, bleierne Trauer;
Denn im Geiste sah ich die Bauernjungen klettern über die
Gartenmauer.

Und jetzt noch durchbrennt meine Erinnerung mit ähender Bier
Ein riesengroßes, giftiges, glühendes, eßiges Drei-bis-Bier.
Darum bin ich froh, daß die Klaviere langsam sterben
Und den Jungen nicht mehr ihre schulfreien Nachmittage
verderben.“

Dieser Stimmungsausbruch eines gequälten Menschen ist gewiß keine Reklame für das Klavier, aber er ist verständlich. Wenigstens für alle jene, die als Kinder gezwungen wurden, unter allen Umständen das Klavier spielen zu lernen, obwohl man nicht ein bißchen Liebe und Können dafür hatte. Anders ist ein Dichterguß zu bewerten, der vor einiger Zeit im „Simplizissimus“ stand. Wir drucken davon folgende kleine Probe ab:

„Nieder mit der Klavierdroßchel Nieder! Nieder! Nieder!
Ein Klavier? Nicht in die Hand — wenn's Milch gäbe — ja
— oder Rößappel. Tonorro de Dioul Dedel auf — Dedel
zu — Dedel auf — Dedel zu — Schweiß den Abschbecher rein
— lauf auf allen viieren über sämtliche Tonarten — hm tata,
hm tata — reiß, beiß das Weiße von den Tasten. Klavier?
Pfui! Erlöse uns von dem Abel, Amen! Nein, nicht Amen.
Beiß die Zähne zusammen, nimm einen glühenden Kohlen-
halen und fahr dem Klavier über die Saiten — schrumml!
Und wenn's dann noch nicht genug hat, spann' ein Pferd vor
und schleif' es aufs Leihamt.“

Die „Zeitschrift für Instrumentenbau“ bezeichnet diese Ausführungen mit Recht als einen Ausfluß von Geistlosigkeit und Roheit. Wie gesagt: wir verstehen, daß es Menschen gibt, die, weil sie unmusikalisch sind, keine Freude am Klavier haben, aber deshalb darf man nicht das Klavier als solches verdammen, denn auch hier gilt das alte Frig-Neuter-Wort: „Wat dem einen sin Uhl, is dem annern sin Nachtigall.“ Aber es ist Tatsache, daß das Klavier heute nicht mehr so Mode ist wie in der Vorkriegszeit. Heute gehört der Sport zum guten Ton. Und in dieser Hinsicht liegen die Verhältnisse im Ausland ebenso wie bei uns daheim.

Aber trotz alledem gibt es im Ausland noch viele tausende und aber tausende Menschen, die gern ein Klavier, und vor allem ein deutsches, hätten; die Erfüllung ihres Wunsches scheitert aber an der Zollpolitik ihrer Regierungen. Und hier liegt die Hauptursache des Rückganges der deutschen Klavierausfuhr. Dafür ist Großbritannien das beste Beispiel. Vor dem Weltkriege konnte Deutschland seine Klaviere in England zollfrei einführen. Die Ausfuhr nach dort stieg von Jahr zu Jahr und erreichte 1913 mit 21 600 Stück den höchsten Stand. Durch die Einführung eines Einfuhrzoll von 33 1/2 Prozent des Wertes ist die Einfuhr immer mehr zurückgedämmt worden; 1928 betrug sie noch ganze 1753 Stück. Das zweitbeste Absatzland war früher Australien. 1913 führten wir nach dort 11 463 Klaviere aus, im Vorjahre noch 1510. Der Einfuhrzoll beträgt dort heute 55 Prozent des Wertes, früher dagegen 25 Prozent. Auch viele andere Staaten haben ihre Einfuhrzölle für Klaviere in den letzten Jahren erhöht. So die Schweiz von 22 auf 33, Argentinien von 25 auf 32, Italien von 18,8 auf 24,5, Britisch-Südafrika von 15 auf 20, Belgien von 10 auf 15,8, Dänemark von 10 auf 12 und Holland von 5 auf 8 Prozent. Nur Schweden hat den Zoll von 40 auf 23 Prozent ermäßigt mit

dem Erfolg, daß die Ausfuhr nach dort von 480 auf 2091 Stück stieg. Ein Kapitel für sich ist Rußland. 1913 führten wir nach dort 4934 Klaviere aus, 1925 noch 6 und in den letzten Jahren 0,0. Die Sowjetregierung hat die Einfuhr von Klavieren und von vielen anderen Erzeugnissen der Holzindustrie nämlich ganz verboten. Nur in Ausnahmefällen wird noch ein Instrument hereingelassen. Wenn alle Länder diesem Beispiel Rußlands folgen würden, dann wäre das Schicksal der deutschen Klavierindustrie besiegelt. Wir wollen wünschen, daß das Gegenteil geschieht, die Länder ihre Zölle wieder abbauen. Ob dieser Wunsch bald in Erfüllung gehen wird, ist freilich eine andere Frage.

Ausfuhr von Pianos und Flügeln.

Bestimmungsland	In den Jahren				
	1928	1927	1926	1925	1913
Ausfuhr insgesamt	34351	40120	40609	55509	76463
Davon nach:					
Belgien	411	174	177	290	1973
Bulgarien	148	254	174	69	129
Dänemark	792	1170	1086	740	3001
Finnland	1176	982	824	568	537
Frankreich	—	—	16	18	692
Griechenland	339	338	254	309	172
Großbritannien	1758	2643	2936	15415	21690
Italien	4057	4624	1825	2688	4145
Letland	500	504	620	577	—
Niederlande	3020	5271	4878	6662	4533
Norwegen	1458	1567	1104	1201	1543
Portugal	472	742	565	625	413
Rumänien	617	629	350	312	751
Rußland	—	—	—	6	4934
Schweden	2091	2328	2271	2827	480
Schweiz	1011	1302	1064	1017	1842
Spanien	289	302	259	409	325
Ägypten	714	609	1037	333	336
Britisch-Südafrika	1683	2193	3274	2713	3027
Britisch-Indien	120	149	160	142	399
Japan	651	586	842	712	69
Niederländisch-Indien	160	142	166	142	345
Philippinen	488	452	493	345	154
Argentinien	4650	5860	5551	4731	4266
Brazillen	2570	2257	3388	2576	1937
Chile	206	380	319	239	1165
Uruguay	410	467	490	403	369
Australien	1510	3719	4444	5642	11462

Unternehmertagung der Spielwarenindustrie.

Der Reichsverband deutscher Spielwarenindustrieller e. V., Sitz Nürnberg, hat sich auf seiner kürzlich in Leipzig abgehaltenen Mitgliederversammlung sehr eingehend mit der Lage der Industrie beschäftigt. Nach den Ausführungen des Herrn Justus Schwarz von den Bing-Werken in Nürnberg liegen die Verhältnisse ziemlich trostlos. Während in der Vorkriegszeit etwa 70 Prozent der Produktion ausgeführt wurden, seien es heute nur noch ungefähr 33 Prozent. Wir machen hinter diese Zahl ein dickes Fragezeichen. Zweifellos ist die Ausfuhr zurückgegangen, aber glücklicherweise nicht in dem behaupteten Umfange. Das trifft nicht einmal für die Holzspielwarenindustrie zu, obwohl diese unter der Verengung des Weltmarktes für Spielwaren am meisten zu leiden hat. Die Hauptursache ist die Gründung von Spielwarenindustrien in verschiedenen Ländern. Die Vereinigten Staaten von Amerika z. B. waren in der Vorkriegszeit der beste Abnehmer für deutsche Spielwaren, heute haben sie eine so große Spielwarenindustrie, die mehr produziert, als im Lande abzusetzen ist. Um die heimische Industrie vor der Auslandskonkurrenz zu schützen, belegt Amerika die Spielwareneinfuhr mit einem Schutz Zoll von 70 Prozent des Wertes. Auch Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei haben sich in den letzten Jahren eine leistungsfähige Spielwarenindustrie herangezögelt. Trotz alledem sind die Aussichten der deutschen Spielwarenindustrie nicht so trostlos, wie die Unternehmer sie hinstellen. Notwendig aber ist, daß sie sich mehr als bisher auf die Bedürfnisse und den Geschmack der verschiedenen ausländischen Völker umstellen. Man darf dem Indier nicht das Spielzeug anbieten, das dem Deutschen gefällt. Das geschieht aber vielfach. Dann braucht man sich auch nicht zu wundern, daß die Ausfuhr zurückgeht.

Der Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Herr Kommerzienrat Rithil (Nürnberg, Zweiggeschäft in Lam in Oberbayern), hat am Schlusse der Tagung ein ernstes Mahnwort an die Spielwarenfabrikanten zum Zusammenfluß gegen die politischen Bestrebungen der Arbeitnehmererschaft und die wirtschaftliche Konzernbildung von Lieferanten und Abnehmern der Spielwarenindustrie gerichtet. Nach dieser Probe, und was wir sonst von Herrn Rithil wissen, will uns scheinen, daß er sich zum Führer der bayerischen Heimwehr besser eignet als zum Vorsitzenden der Spielwarenindustriellen.

Überraschungen bei der Faber A.-G.

Die Bleistiftfabrik Johann Faber A.-G. in Nürnberg stand im Sommer vorigen Jahres dicht vor der Pleite. Wenigstens herrschte in der Öffentlichkeit diese Meinung. Unlängst gab vor allem die scharfe Sanierung. Das Aktienkapital wurde von 5,6 Millionen Mark auf 2 Millionen Mark zusammengelegt. Später wurde es wieder auf 4 Millionen Mark erhöht. Wenn man sich den jetzt veröffentlichten Abschluß für 1928 ansieht, scheinen die damaligen finanziellen Schwierigkeiten übertrieben worden zu sein. Oder aber die Geschäftsleitung stellt die Verhältnisse heute günstiger dar, als sie sind. Wahrscheinlich treffen beide Vermutungen zu. Aber wenn der Stand des Unternehmens auch ein bißchen zu rosig geschildert wird, so darf doch festgestellt werden, daß die Aktionäre mit der Entwicklung des Geschäfts sehr zufrieden sein können. 1927 erzielte die Johann Faber A.-G. einen Reingewinn von 43 116 M., im Geschäftsjahr 1928 aber einen von 49 021 7 M. Davon kommen 215 560 M. an die Aktionäre zur Verteilung. Für die Stammaktionäre beträgt die Dividende 10 Prozent. Das haben sie sich im Sommer 1928 bestimmt nicht träumen lassen.

Der Geschäftsbericht malt die Verhältnisse in der Bleistiftindustrie in der gewohnten Weise in grauer Farbe. Unter anderem heißt es darin:

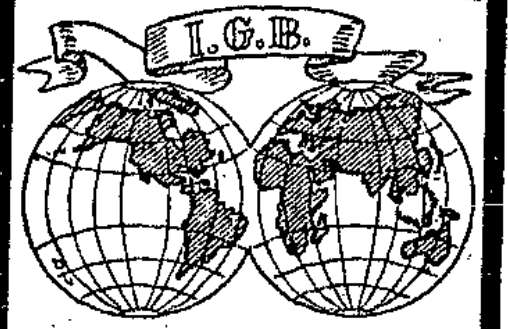
„Die allgemeine Lage der deutschen Bleistiftindustrie im Jahre 1928 kann nicht als günstig bezeichnet werden. Der Konkurrenzkampf wurde durch den ausländischen Wettbewerb erheblich verschärft. Die Gründe der Verschärfung liegen einmal in den bekannten zahlreichen innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Hemmungen, die die gesamte deutsche Wirtschaft beeinträchtigen, und die der ausländischen Konkurrenz sowohl nach der Produktionskosten- als auch nach der Absatzseite einen großen Vorsprung geben. Dazu kommen für die deutsche Bleistiftindustrie die Ausfuhrerschwerungen durch hohe Schutzzölle und administrativen Protektionismus vieler Staaten, Maßnahmen, die in einem auffallenden Gegensatz stehen zu der Bereitwilligkeit, mit der Deutschland seinen Markt fremden Erzeugnissen öffnet. Die Gründe liegen zum anderen aber auch in den Verhältnissen der deutschen Bleistiftindustrie selbst. Während andere Industriezweige längst erkannt haben, daß gegenseitige Verständigung und gemeinsame Vereinbarungen der einzelnen Unternehmungen nicht nur einen Schutz gegen Preisflehnderei gewähren, sondern auch die Möglichkeit einer Politik der gegenseitigen Wirtschaftsförderung bieten, hat sich die Bleistiftindustrie bisher zu diesem Wege nicht entschließen können. Vorgänge der letzten Zeit eröffnen jedoch die Aussicht, daß auch die deutsche Bleistiftindustrie zu Maßnahmen kommt, an denen die einzelnen Unternehmungen das gleiche Interesse haben wie die Verbraucher und die gesamte Volkswirtschaft.“

Wie die allgemeine Lage der Bleistiftindustrie eine Neuorientierung in Hinsicht auf die gegenseitige Verständigung erfordert, so stellt sie auch neue Anforderungen an das einzelne Unternehmen. In dieser Hinsicht bedeutet das Jahr 1928 für unsere Gesellschaft einen gewissen Wendepunkt. Die vor ungefähr zwei Jahren in Angriff genommene und im Berichtsjahr erweiterte Umstellung des Betriebes ist durchgeführt und wirkt sich bereits in günstiger Weise aus. Im Laufe des Berichtsjahres ist eine Leistungssteigerung des Betriebes von etwa 25 Prozent pro Arbeitsstunde gegenüber dem Vorjahre erreicht worden. Auch die übrigen technischen und kaufmännischen Rationalisierungsmaßnahmen, die seit längerer Zeit eingeleitet sind, konnten zu einem gewissen Abschluß gebracht werden und führten zu wesentlichen Einsparungen. Damit sind jedoch noch nicht alle Maßnahmen notwendig sind, beendet. Besonderer Beachtung bedürfen die Ergebnisse der modernen Betriebswissenschaft, die wissenschaftliche und technische Fundierung der Herstellung, die Frage der Typisierung und des neuzeitlichen Verkaufs. Die Bearbeitung dieser Gebiete ist von uns in Angriff genommen.“

Diese Ausführungen sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Zunächst sei demerkt, daß die Ausfuhrverhältnisse nicht so ungünstig liegen, wie sie hier geschildert werden. Die Zahl der ausgeführten Rohlen-, Farb- und Bleistifte ist in den letzten Jahren ständig gestiegen; 1928 waren es 492 Millionen Stück. Noch stärker ist allerdings die Produktion gestiegen. Der Geschäftsbericht spricht von einer 25prozentigen Leistungssteigerung pro Arbeitsstunde, in Wirklichkeit ist sie noch größer. Von ganz besonderem Interesse ist die Ankündigung einer Verständigung der Bleistiftfabriken über die Produktion und die Preisgestaltung. Auf die auch oder richtiger für die Arbeiter ganz besonders wichtige Angelegenheit werden wir zurückkommen, sobald sich der Stand der Verhandlungen zwischen den einzelnen Unternehmungen klar übersehen läßt.



Gewerkschaftsbewegung



Tagung des Bundesauschusses des A.D.G.B.

Der Bundesauschuss des A.D.G.B. hielt seine zweite Sitzung am 26. und 27. März im Berliner Gewerkschaftshaus ab. An der Tagung nahmen auch die Bezirkssekretäre des A.D.G.B. und je ein Vertreter der einzelnen Verbandsorgane teil. Wie schon bei früheren Gelegenheiten, wurde auch diesmal die Tagung durch eine öffentliche Sitzung eingeleitet. Der Bundesvorsitzende hatte Herrn Prof. Dr. Wagemann, den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes und des Instituts für Konjunkturforschung, gebeten, in der öffentlichen Sitzung über „Das Lohnproblem im Lichte der Konjunkturforschung“ zu sprechen. Über den Vortrag und die Aussprache darüber berichten wir an anderer Stelle dieser Nummer der „H.Z.“.

Der Bericht des Bundesvorstandes wurde von Leipzig erstattet. Zunächst berichtete er über die Bemühungen des Bundesvorstandes um eine günstige Gestaltung der Krisenfürsorge und den Ausbau der Invalidenversicherung. Ferner über die Umgestaltung der Arbeitslosenstatistik des Bundes durch eine Teilung der zu den Verbänden gehörenden Berufsgruppen in die „Konjunkturgruppe“ und „Saisongruppe“. Einer Einladung der sächsischen Regierung zur Beteiligung an einer Ausstellung „Reise und Wandern“ im nächsten Jahre in Dresden wird der Bundesvorstand Folge geben. Bei den Reparationsverhandlungen seien die Gewerkschaften insofern beteiligt, als Vertreter des Bundes in Fühlung stehen mit den deutschen Sachverständigen; eine stärkere Einflussnahme, die der Bundesvorstand erstrebte, war diesmal nicht durchzusetzen. Der Fabrikarbeiter-Verband ist infolge der letzten Beitragserhöhungen und Leistungsregelungen der Unterstützungsvereinigung aus der Vereinigung ausgetreten. Der Bundesvorstand bedauert diese Entscheidung des Fabrikarbeiter-Verbandes namentlich darum, weil sie vollzogen wurde, bevor der Bundesvorstand Gelegenheit zur Rücksprache mit dem Fabrikarbeiter-Verband hatte. Vertreter des neu entstandenen Deutschen Handwerksinstituts sind an den Bundesvorstand herangetreten mit dem Wunsche, die Gewerkschaften mögen an dem Institut sich beteiligen. Das Institut diene nicht den Interessen des Meistertums, sondern der Förderung des Handwerks in seinem ganzen Umfange. Der Vorstand hält die Beteiligung für wertvoll und hat sie zugefagt.

Nach einer längeren Aussprache wurde beschlossen, eine Kommission des Bundesauschusses, bestehend aus sieben Mitgliedern, einzusetzen, die den Auftrag erhält, die Verhältnisse der Unterstützungsvereinigung erneut zu prüfen und in Verhandlungen mit deren Leitung einzutreten.

Der Bundesauschuss beschäftigte sich dann mit einer Vorlage des Bundesvorstandes für einen Fachauschuss für die Gewerkschaftspreise. Die Vorlage wurde von Richard Seidel („Gewerkschafts-Zeitung“) vertreten und nach einer kurzen Aussprache einstimmig angenommen.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einem Vortrag des Leiters der gewerbehygienischen Abteilung beim Bundesvorstand, Dr. Meyer-Brodniß, über „Gewerkschaftliche Aufgaben auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und der Gesundheitsfürsorge“. Dr. Meyer-Brodniß führte u. a. aus: Die Gewerkschaften müssen im Interesse ihrer Mitglieder über die Schädlichkeit oder Unschädlichkeit der verarbeiteten Materialien ständig auf dem laufenden sein. Zur Beratung und Auskunftserteilung steht ihnen die gewerbehygienische Abteilung des A.D.G.B. zur Verfügung. Die schweren Schädigungen, die von den im Produktionsprozeß angewandten chemischen Stoffen unter Pseudonymen ausgehen, führen zu unhaltbaren Verhältnissen. Der Arbeiter weiß oft nicht, mit welchen Giften er in Berührung kommt, und kann sich nicht schützen. — Fast noch wichtigere Aufgaben als auf dem Gebiete der Gewerbehygiene erwachsen den Gewerkschaften aus der Tätigkeit für das allgemeine Gesundheitswesen. Auch hier wies der Referent auf einzelne Punkte hin: Soziale Beeinflussung in der Ausbildung der Medizinstudierenden, hygienische Volksbelehrung, für die die Gewerkschaften durch ihren Kampf zur Verbesserung der sozialen Lage besonders geeignet sind, und die Mitarbeit der Gewerkschaften beim Deutschen Hygienemuseum.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde eine Entschließung über Unfallverhütung angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Während der Reichs-Unfallverhütungswoche ist die gesamte Bevölkerung auf die vielfältigen Unfallgefahren und die daraus entstehenden großen Verluste an Gesundheit und Arbeitskraft hingewiesen worden.“

„Die Gewerkschaften haben seit Jahrzehnten auf die Gefahren der Unfälle und die meist sehr schweren Folgen von Betriebsunfällen aufmerksam gemacht und sich bemüht, einen Unfallverhütung zu erreichen. Sie haben dabei, selbst bis in die letzte Zeit, für ihre Forderungen nicht immer Berücksichtigung gefunden.“

„Der Bundesauschuss hält zur Erreichung eines wirklichen Schutzes gegen die Berufsgefahren neben einer engen Zusammenarbeit von Behörden und den beruflichen Vereinigungen der Unternehmer und Arbeiter auf diesem Gebiet

eine maßgebliche Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Aufstellung und Beratung von behördlichen Arbeiterschutzbestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften für notwendig.“

Durch öftere und eingehende Kontrolle der Betriebe und Arbeitsstellen ist die Durchführung des Arbeitsschutzes zu fördern.

Die Zahl der Überwachungsbeamten ist zu erhöhen. Die neuen Stellen sind vorwiegend durch Arbeiter zu besetzen. Ihre beruflichen und betrieblichen Kenntnisse und praktischen Erfahrungen sind zur Erreichung eines verstärkten Arbeitsschutzes dabei auszunutzen.

Bei den Betriebsrevisionen sind die Betriebsräte zu beteiligen. Die Betriebsräte sind über ihre Aufgaben auf dem Gebiete des Unfall- und Gesundheitsschutzes zu schulen; ihre Position bei der Erledigung dieser Aufgaben ist zu stärken.

Durch Staffelung der Beiträge für die Unfallversicherung entsprechend dem Stande der Sicherheit des einzelnen Betriebes und der zu ihrer Erhöhung getroffenen Maßnahmen ist ein Anreiz zur Verbesserung der Betriebseinrichtungen zu geben.

Zur Erprobung unfallverhütender Maßnahmen und unfallsicherer Arbeitsweisen sind öffentliche Mittel bereitzustellen.

Der Bundesauschuss richtet an die gesamte Arbeiterschaft zugleich erneut die Aufforderung, den Gefahren der Arbeit stärkste Beachtung zu widmen.

Zu den bisher bekannten Unfall- und Gesundheitsgefahren werden weitere hinzutreten, die durch die fortschreitende Mechanisierung des Arbeitsprozesses, durch Ausdehnung der Fließarbeit und Verarbeitung immer neuer noch nicht erprobter Rohstoffe entstehen.

Jeder Arbeiter muß dafür sorgen, daß die zu seinem Schutze vorgesehenen Einrichtungen vorhanden und in gutem Zustande sind. Jeder muß sich aber auch selbst für die genaue Befolgung der Schutzbestimmungen einsetzen. Verstöße dagegen dürfen nicht vorkommen, schadhafte Werkzeuge und Betriebseinrichtungen nicht benutzt werden.

Wo Gefahrenquellen entstehen, sind sie sofort zu beseitigen. Ist ihre Abstellung nicht unverzüglich zu erreichen, muß die Hilfe der Betriebsvertretung oder der zuständigen Gewerkschaft in Anspruch genommen werden.“

Über das Schlichtungswesen referierte Clemens Römpel, der Leiter der arbeitsrechtlichen Abteilung beim Bundesvorstand. Auf seine Ausführungen kommen wir in der nächsten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ zurück.

Der Bundesauschuss beschäftigte sich dann mit der Frage der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen. Nach dem Vortrag der Leiterin des Frauensekretariats beim Bundesvorstand, Gertrud Hanna, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Es entspricht gewerkschaftlicher Praxis, in Zeiten großer Arbeitslosigkeit zu versuchen, die Arbeitsgelegenheiten nach Möglichkeit zu strecken. Aus diesem Grunde haben die Gewerkschaften sich bemüht, durch Verzicht ihrer Mitglieder auf eine Anzahl Arbeitsstunden zugunsten arbeitsloser Kollegen zu wirken und durch das Verlangen nach gesetzlicher Beschränkung des Arbeitstages über das normale Maß hinaus größere Arbeitslosigkeit durch Betriebsstilllegungen zu verhindern.“

Dieser grundsätzlichen und praktischen Betätigung entspricht auch die Haltung der Gewerkschaften zu den sogenannten Doppelverdienern und zu den Arbeitnehmern, die nicht unbedingt Not leiden, wenn sie kein eigenes Einkommen aus Erwerbsarbeit haben.

Der Vorstand des A.D.G.B. vertritt daher den Standpunkt, daß es in Zeiten großer und lang andauernder Arbeitslosigkeit sich nicht umgehen läßt, das nach der Verfassung jedermann gewährleistete Recht auf Arbeit insofern einzuschränken, daß Arbeitsplätze, die von Personen besetzt sind, die nicht unbedingt auf eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, freigegeben werden für solche Arbeitslose, die Erwerbsarbeit zur Deckung ihres Lebensunterhaltes brauchen.

Bei der Anwendung dieses Grundgesetzes ist so zu verfahren, daß unbillige Härten vermieden werden. Es entspricht nicht der Auffassung des Vorstandes des A.D.G.B., wenn in erster Linie — oder gar ausschließlich — verheiratete Frauen von den Arbeitsplätzen entfernt werden. Ein solches Vorgehen würde gegen Gesetz und Recht verstoßen und nicht dem beabsichtigten Zwecke dienen.

Die verheirateten Frauen haben, wie jeder andere Staatsbürger, nach der Verfassung und nach dem in der Arbeiterbewegung geltenden Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau ein Recht auf Arbeit. Dieses grundsätzliche Recht darf besonders von den Mitgliedern der Gewerkschaften nicht angefaßt werden. Nach außerordentlichen Notlagen außerordentliche Mittel zur Abwehr notwendig, so müssen diese sich im Rahmen gleicher grundsätzlicher Anwendung für beide Geschlechter halten.“

Der Bundesauschuss nahm außerdem ohne Aussprache die beiden folgenden Entschließungen einstimmig an:

Entschließung zum Arbeitsschutzgesetz.

„Der Bundesauschuss nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die endgültige Fassung des dem Reichstag vorgelegten Entwurfs eines Arbeitsschutzgesetzes in keiner Weise die Kritik berücksichtigt hat, die der 1926 vorgelegte Entwurf auf Seiten der Gewerkschaften hervorgezogen hat.“

Gerade in bezug auf die Arbeitszeitregelung sind sowohl im Personkreis durch weitere Herausnahme einzelner Gruppen aus der Regelung als auch in bezug auf die zugelassene Dauer der Arbeitszeit selbst sogar weitere Verschlechterungen zu verzeichnen. Die Bestimmung, wonach für Betriebe mit in der Regel nicht mehr als fünf Arbeitnehmern abweichende Regelungen getroffen werden können, steht in krassem Widerspruch zum Washingtoner Abkommen. Der Verzicht auf die Festlegung der 48-Stunden-Woche, der eine zusätzliche Sonntagsarbeit ermöglicht, muß unter allen Umständen als ein unerträgliches Rückschritt bezeichnet werden. Die zahlreichen Ausnahmen vom Achtstundentag für Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten, für Arbeitsbereitschaft und Mehrarbeit machen die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages bedeutungslos.

Unbefriedigend bleibt der Entwurf auch in bezug auf den Schutz der Jugendlichen und Frauen.

Die Bestimmungen über den Betriebsgefahrenschutz haben ebenfalls den grundsätzlichen Forderungen der Gewerkschaften nur zum geringen Teil Rechnung getragen. Insbesondere ist aber bei der Organisation der Arbeitsaufsicht die Forderung nach einer Vereinfachung und Vereinheitlichung nicht erfüllt worden. Der Entwurf bleibt hier in Halbheiten stecken, indem er die Hoheit der Länder und damit die Zentralisation auf dem Gebiet der Arbeitsaufsicht bestehen läßt.

Demgegenüber verweist der Bundesauschuss erneut auf die in der Entschließung des 13. Gewerkschaftskongresses in Hamburg festgelegten Forderungen der Gewerkschaft zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht und erwartet vom Reichstag, daß er bei der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes diesen Forderungen Rechnung tragen wird.“

Entschließung zur Wohnungsfrage.

„Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichstag Richtlinien für das Wohnungswesen zur Stellungnahme zugeleitet. Die Anhänger der freien Wirtschaft, insbesondere die Haus- und Grundbesitzer sowie das Baupekulantenrum, laufen gegen die darin enthaltenen Grundzüge Sturm.“

Der Bundesauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sieht im Gegensatz zu der Auffassung dieser Kreise in den Richtlinien brauchbare Ansätze zu einer planmäßigen Wohnungspolitik. Die Reichsregierung hat sich mit diesen Vorschlägen den Forderungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände vom November 1926 und Januar 1928 merklich genähert. Trotzdem bleibt der Regierungsentwurf hinter den von den Gewerkschaften aufgestellten Grundzügen noch wesentlich zurück. Der Bundesauschuss erwartet deshalb vom Reichstag, daß dieser bei der Durchberatung der Richtlinien den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung trägt. Als die wichtigsten Punkte des gewerkschaftlichen Wohnungsbauprogramms hebt der Bundesauschuss hervor:

1. Die sofortige reichsgesetzliche Sicherstellung des Hauszinssteuerausfalls für den Wohnungsbau auf mindestens 25 Jahre.
2. Volle Abführung der von den Mietern gezahlten Hauszinssteuer durch den Hausbesitzer an den Staat.
3. Stärkere Zusammenfassung der Wohnungswirtschaft beim Reich, insbesondere Aufstellung eines mehrjährigen Reichswohnungsbauprogramms.
4. Verteilung der Bauausführungen über das ganze Jahr.
5. Restlose Zuführung der bereitgestellten Mittel für den Bau von Wohnungen, die den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen, und deren Mieten für die Arbeitnehmererschaft erschwinglich sind.
6. Aufrechterhaltung und Ausbau des Mieterschutzes.

Die Verhandlung über den „Bericht der Kommission über die Schaffung einheitlicher Übertrittsbestimmungen“ wurde auf die nächste Sitzung des Bundesauschusses vertagt.“

Über die Einrichtung und Bewirtschaftung von Ferienheimen referierte Walter Maschke, Jugendsekretär des A.D.G.B. An den Vortrag knüpfte sich eine rege Aussprache, in der zum Ausdruck kam, daß die Frage der Ferienheime nicht einzelnerhandlung geregelt werden sollte.

Wahl des Fachauschusses für die Gewerkschaftspreise.

Im Anschluß an die Tagung des Bundesauschusses hatte der Bundesvorstand die zur Bundesauschussitzung anwesenden sowie die übrigen in Berlin anässigen Redakteure zum 27. März zu einer Konferenz zur Wahl des Fachauschusses zusammenberufen. Die Konferenz tagte unter der Leitung des Kollegen Paul Umbreit. Bei der Wahl des Fachauschusses wurden 39 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden: Lankes („Einigkeit“, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter), Dressel („Textilarbeiter-Zeitung“), Scheffler („Holzarbeiter-Zeitung“), Seidel („Gewerkschafts-Zeitung“) und Renninger („Keramischer Bund“, Fabrikarbeiter-Verband). Der Fachauschuss trat sofort zusammen und wählte Scheffler zum Vorsitzenden und Dressel zum Stellvertreter.



Unterhaltung und Wissen



„Hallo! Bist du's wirklich, alter Junge?“ Mit diesem Zuruf tauchte aus dem Gewühl der Großstadtstraße ein langer, ungelanter Mensch vor mir auf.

„Christian!“ rief ich zurück. Unzweifelhaft, es war mein alter Schulkamerad Christian. Kräftiges Händeschütteln, und in stillschweigendem Einverständnis steuerten wir die nächste feuchte Ecke an. Jahrelang hatten wir uns nicht gesehen, und nun war bei einem guten Schoppen des Erzählens kein Ende.

So erfuhr ich denn, daß sich Christian, dem Zuge der Zeit und seines Herzens folgend, draußen vor der Stadt, wo die Konservendosenfabrik den Kohlöpfen Platz machen, angesiedelt hatte. Der Traum langer, in Kaffeehäusern verbrachter Jahre hatte sich erfüllt, er war Haus- und Grundbesitzer geworden.

„Es geht doch nichts über das Landleben, proßt ex!“ sagte mein Freund überzeugend. „Es bringt ja auch Unannehmlichkeiten mit sich.“ fuhr er bei einem frischen Schoppen fort, „zum Beispiel im vorigen Sommer die Geschichte mit den Wespen.“

Nachdenklich blickte er in sein Glas.

„Was war denn das mit den Wespen?“ ermunterte ich ihn.

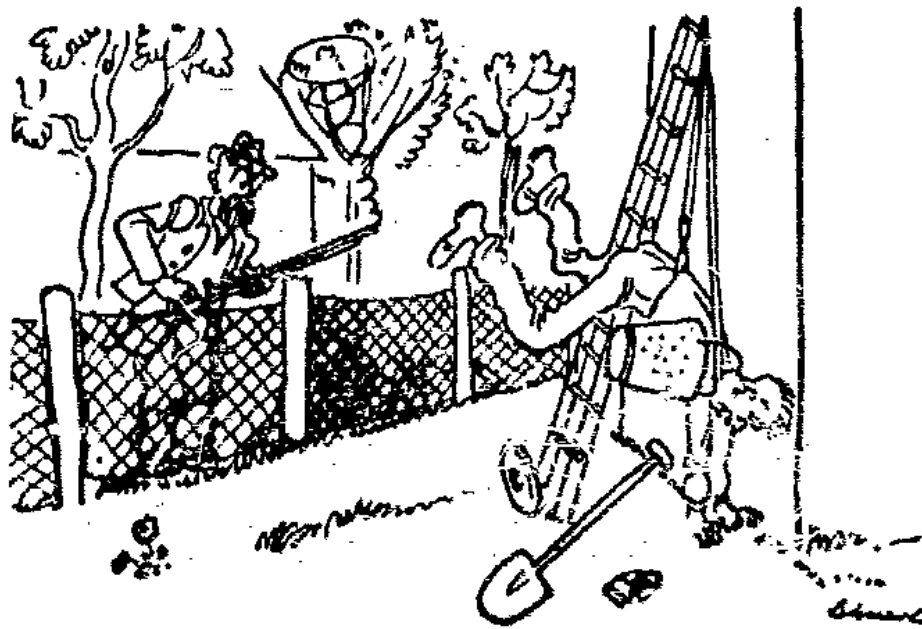
Christian stärkte sich durch einen kräftigen Schluck und begann: „Also ich war gerade damals aus dem Krankenhaus gekommen und hatte mich von der Strychninvergiftung einigermaßen erholt — du mußt nämlich wissen, daß Malchen, meine Frau, Strychnin auf den Kohl gestreut hatte, um die Raupen zu vergiften — da ging die Geschichte mit den Wespen los. Auf einmal waren sie da. Niemand wußte, woher sie so plötzlich kamen. Sie erschienen in ungezählten Scharen. Sie beherrschten Haus, Veranda und Garten. Bis man, ohne hinzuschauen, in eine Marmeladenstulle, so hatte man bestimmt drei Wespen im Munde. Im Honigglas wimmelten sie zu Hunderten. Es stand fest: einer mußte das Feld räumen, die Wespen oder wir. Ich erschrak Hunderte. Doch für jede tote traten sechs neue auf den Plan. Ich war bis zur Unkenntlichkeit zugerichtet. Essigsaurer Sauerwein verbrauchte ich literweise und sah die Notwendigkeit ein, strategisch gegen die Quälgeister vorzugehen.“

Also zuerst einmal das Nest erforschen. Schließlich stellte ich fest, daß es sich auf dem Dachboden befinden müsse. Man kann nur von außen mittels einer Leiter dort hinaufgelangen. Meine Vermutung wurde recht schmerzhaft bestätigt, als ich meinen Kopf durch die Luke steckte. Ehe meine Augen verquollen, sah ich das Nest von der Größe eines ausgewachsenen Kürbisses an einem Dachsparren hängen.

Die Wespen wurden immer übermütiger, auf der Veranda war es nicht mehr auszuhalten. Deshalb luden wir auch Tante Agathe ein — sie hat uns enterbt.

Es mußte etwas geschehen. So faßte ich eines Abends — Malchen war zu Besuch bei ihrer Mutter — den Entschluß, das Wespennest zu vernichten. Ich sagte mir, Wespen müssen auch schlafen, und wer schläft, sticht nicht. Als die Dunkelheit hereingebrochen war, kletterte ich die Leiter hinauf, mit einem Spaten, einem Eimer und passendem Deckel dazu. Es war nicht leicht. Der Eimer hing mir auf dem Rücken, in der einen Hand hatte ich den Spaten und den Deckel, in der anderen eine Taschenlampe. Mit dem Spaten wollte ich das Nest loslösen, es in den Eimer fallen lassen und dann rasch den Deckel drauf. Vorsichtig und geräuschlos öffnete ich die Luke und versuchte, mich mit der abgeblendeten Lampe zu orientieren.

„Halt! Wer da? — Hände hoch!“ brüllte es plötzlich von unten herauf.



Ich war verblüfft. Die Lampe entfiel mir und erklopfte. Pong! Eine Ladung Schrotkörner prasselte gegen meinen Eimer, ich verlor das Gleichgewicht, blieb mit meinem

Gummihofenträger an einem Nagel hängen und landete glatt und elastisch auf dem Erdboden.

Bald klärte sich die Situation. Mein Nachbar, durch die in letzter Zeit zahlreich erfolgten Einbrüche nervös geworden, hatte in mir einen Einbrecher vermutet. Da seine Frau ebenfalls verzeiht war, feierten wir ausgiebig das kleine Mißverständnis mit einigen Flaschen Obstwein.

Mein Kampf mit den Wespen rührte ihn sehr. Ein Attentat auf das Nest wurde beschloffen. Nachdem wir zur Abrundung noch eine Flasche Wacholder geleert hatten,

Motiv im Frühling.

Und in der Kehle beißt der scharfe Staub
Von einem Eichenbaum — es riecht nach Laub,
Nach Wald, nach Erde. O verwegener Traum
Im Sägesausen und im Hammerdröhnen. —

Mein Herz will sich noch immer nicht daran gewöhnen,
Daß meiner Hände Tun nur Sterben heißt.
Der lähne Menschengestalt sagt trotzig weise: „Werde“,
Wo er den Wald, die Welt, in tausend Stücke reißt.
Und Schrank und Tisch scheint herrlich und vollkommen —
Dem Sommervogel ward sein Nest genommen,
Nun schreit er laut in meine Werktagslust.

Ich kann nicht mehr, ich muß dem Vöschrei lauschen,
Dem Bruderschmerz gequälter Kreatur —
Ich bin kein Gott — ein Splittler Sehnsucht nur,
Ein Namenloser in dem großen Sehnsuchtsheer —
Schon bohrt der Totenwurm in meiner jungen Brust.

Ich möchte meine Sehnsucht gegen Haß vertauschen
Und stark sein wie der Blitz im Wolkensturm,
Den Wahnsinn dieser Welt zusammenbrennen —
Daß wir uns wieder nur als Brüder kennen,
Und alles wäre gut und morgensung.

Dann meine Hobelbank mit frischem Grün bekränzen,
Ein Frühlingsslied verschwenden in den Tag.
Es soll das Werk aus meinen heißen Händen
Ergebung sein und Sprengung aller Grenzen —
Daß alles Leben lebt aus einem Weltzerbertrag.

Dem Sommervogel soll kein Leid geschehen,
Der Rosenwald soll wieder auferstehen,
Des Menschen Wert soll Notbefreiung sein.

Und lauter hör' ich die Maschinen schrei'n,
Und schärfer brennt der Staub in meiner Kehle —
O selig, sel'ger Frühlingstraum,
Du loderst helle Himmelsbrände.

Bald spotten wir dem eisernen Befehle,
Bald kommt ein warmer, großer Wind — —
Es rauscht im Eichenbaum die Weltenwende,
Wenn wir nur gläubig noch im Sägesausen sind!

Otto Jaffe.

zogen wir in tiefster Dunkelheit los. Er hatte die Schrotflinte auf dem Rücken und die Taschen voll Patronen. Ich holte meinen Trommelrevolver aus der Lade. Eine zweite Leiter wurde angelegt und mit vieler Mühe bauten wir uns vor der Luke auf.

Ein rasendes Schnellfeuer wurde in der mutmaßlichen Richtung des Wespenestes eröffnet.

Schon nach wenigen Minuten — erschien ein dreifach verstärktes Überfallkommando. — Scheinwerfer bligten! — Kommandorufe! Wir ergaben uns und wurden in den Autos nach dem Polizeigefängnis verfrachtet.

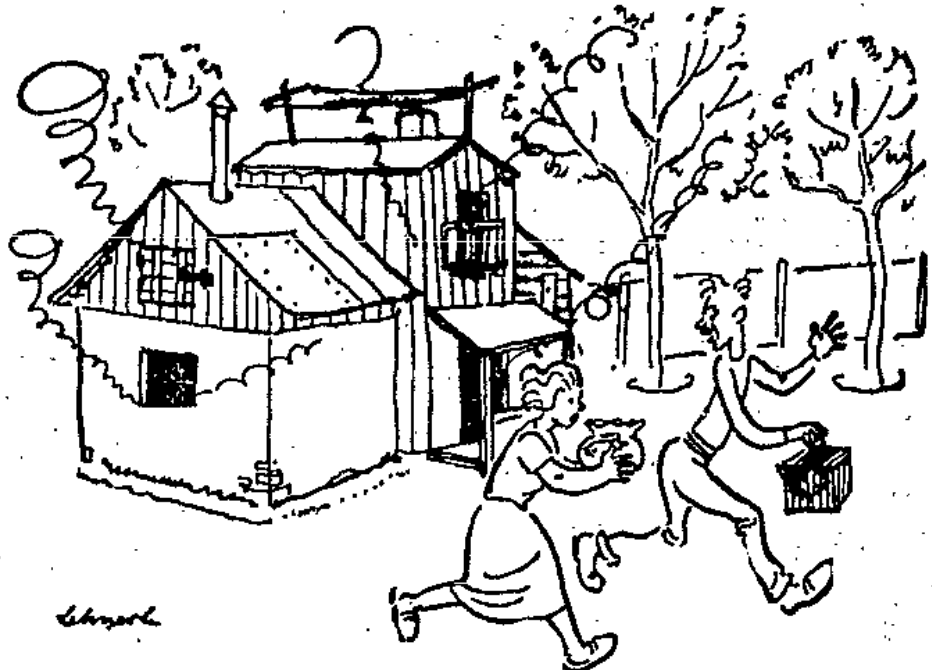
Es kostete uns große Mühe, unsere Unschuld zu beweisen; denn niemand wollte glauben, daß wir nur auf Wespen geschossen hatten.

Nach zwei Tagen kehrte ich in die Arme Malchens zurück. Die Wespen waren übermütiger denn je. Der Dachboden war mit Blei gespickt, das Nest unverfehrt.

Ich brütete Rache und kam auf die glänzende Idee, die Wespen mit Gas zu vergiften. Gegen solche Feinde schien mir alles erlaubt. Ich besorgte Chlorkalk und Schwefelsäure. Den Kalk füllte ich in eine alte Konservendose, schob diese vorsichtig durch die Luke, schüttete schnell die Schwefelsäure darauf und schlug die Klappe zu.

Schmunzelnd ging ich zu Malchen ins Zimmer. „So, jetzt werden sie genug kriegen!“ Wir setzten uns an den Kaffeetisch, das Ergebnis abzuwarten. Plötzlich sagte Malchen: „Riechst du nichts, Christian?“ Ich schnupperte und richtete den Blick nach oben. Richtig, durch zwei Schußlöcher in der Decke quoll weißer Rauch. „Kaus! Kaus!“ schrie ich.

Malchen rettete den Goldfisch, ich trug den Kanarienvogel ins Freie.



Wir übernachteten im Kirschbaum. Am nächsten Tag stellte ich durch vorsichtige Erkundung fest, daß die Wespen ausgezogen waren.

Ein Nachzügler schien in meinem Zimmer noch etwas vergessen zu haben, war dort in das Lintensaß gefallen und über ein weißes Blatt Papier gekrochen. Ganz deutlich las ich aus den hinterlassenen Hieroglyphen das Wort: „Schuft!“

Worum die Zehe das Wetter prophezeit.

Bei der nassen Witterung verspürt so mancher in den Beinen Schmerzen und glaubt, daraus auf die Fortdauer der Nässe schließen zu dürfen. Besonders Bauern meinen, sie hätten in ihren Beinen ein untrügliches Barometer, durch das die schon früher auftretenden Schmerzen künftigen Regen ankündigen. Die Wissenschaft, die ja allen Dingen auf den Grund geht, hat aber jetzt auch für diese Erscheinung die wirkliche Ursache herausgefunden. In der Amerikanischen Chemischen Gesellschaft hielt ein bekannter Chemiker, der in der Lederindustrie tätig ist, John A. Wilson, einen Vortrag, in dem er ausführte, die Schmerzen in den Füßen, die dem nassen Wetter zugeschrieben werden, rührten von dem Einschrumpfen des Leders her, das mit Chrom gegerbt ist. Nach seinen Angaben wird nur für die Sohlen der Schuhe Leder verwendet, das mit pflanzlichen Gerbstoffen behandelt ist, während mit Chrom gegerbtes Leder für die Oberteile von 95 Prozent alles Schuhwerks verarbeitet wird. Wenn die Luft nun feucht ist, dann widerstehen zwar die Sohlen dieser Nässe, aber das Oberleder schrumpft bis zu 18 Prozent seiner Oberfläche zusammen, drückt daher stärker auf die Füße und besonders auf die Beine und ruft Brennen und Schmerzen hervor. Dann glaubt der Fußgänger, aus seinen schmerzenden Beinen das schlechte Wetter vorauslagern zu können. Wilson ist der Ansicht, daß viele Fußbeschwerden durch eine bessere Qualität des Leders vermieden werden können, und forderte eine wissenschaftliche Kontrolle des Leders, das für die Schuhbekleidung der Menschheit benützt wird.

Werlei Humor.

O diese Fremdwörter. Frau Neureich hat in einem Hühnerhof schöne weiße Hühner gesehen und bestellt schriftlich einige dieser Prachtexemplare; worauf sie die Anfrage erhält, ob sie Brut- oder Legehühner haben wolle. Sie erwidert: „Ich möchte schöne weiße Hühner haben, auf Brutalität oder Legalität lege ich keinen besonderen Wert.“

Aus der Branche. Ein blauäugiges kleines Kerlchen im Matrosenittel bot einigen Damen, die einem Automobil entstiegen, so strahlend „Guten Tag“, daß eine von ihnen sich veranlaßt sah, den Kleinen zu fragen, ob er alle Menschen so freundlich grüße. „Nein,“ antwortete das Kind, „nur die Leute, die im Auto und auf Motorrädern fahren. Vater sagt, gegen solche Leute muß man recht höflich sein, weil sie seine besten Kunden sind.“ „Was ist denn dein Vater?“ fragte die Dame verwundert. „Hat er eine Reparaturwerkstatt?“ „Nein. Sargtischler ist er.“

Gewohnheit. Zittich hat keinen festen Beruf. Neulich war er bei einer meteorologischen Station angestellt, wo er alle zehn Minuten das Thermometer ablesen mußte. Diese Arbeit behagte ihm nicht, und er suchte sich eine andere. Er kam als Gehilfe in eine Klinik. Der Chefarzt erklärte ihm, was er zu machen hätte: Die Fiebertemperaturen abzulesen. „Messen Sie die Temperatur bei dieser Dame!“ sagte der Chefarzt. Die Dame klemmte das Thermometer unter die Achselhöhle. Zittich zog es nach einer Weile hervor und sagte zu dem Arzt, der aufspähte, ob er es auch richtig mache: „39 Grad im Schatten, Herr Doktor.“

Das Tier. Zwei kamen in den Zoologischen Garten. Sahen ein Tier mitten auf dem Wege. „Das ist eine australische Schildkröte“, sagt der eine. „Keine Spur, es ist eine Eidechse.“ Da kam eine Dame und hob das Tier auf. Es war ihre Handtasche.

Zentralrentenkasse der Tischler usw., Hamburg

Rechnungsabluß des 4. Quartals 1928. Gesamtausgabe 628 601,65 Mk. Gesamteinnahme 591 737,13 Mk.

Abrechnung der Hauptkassa für März 1929. Ausgabe 86 881,35 Mk. Einnahme 5 091,88 Mk.

Th. Malchow, Hauptkassierer. Allen Ortsverwaltungen und Mitgliedern zur Mitteilung, daß unser 1. Vorsitzender i. R., Fritz Hummel, nach langwieriger Krankheit am 31. März d. J. verstorben ist.

Sechs tüchtige Kreisfugenschneider, die speziell auf Sarcophag-Rantelarbeiten eingestellt sind, zum sofortigen Eintritt gesucht.

Knaurs Welt-Atlas farbige Haupt- u. Nebenkarten statistische und Spezialkarten, Diagramme und zahlreiche Tabellen.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Vorb., GmbH, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

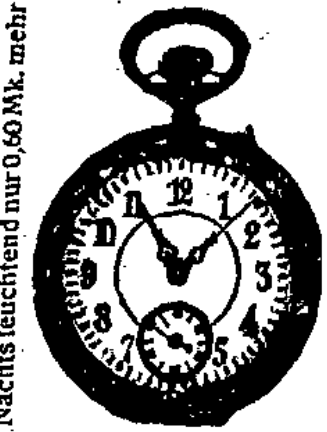
Gummiwaren Hygien. Artikel, Preisliste 0 gratis. „Mebicus“ Berlin SW. 68, Alte Jakobstraße 8.

Tischlerschule Blankenburg am Harz Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

Geführte Existenz durch Anschaffung einer Motor-Bandfäge zum Brennholzschnitzen. Eine beredigte Maschine billig und zu günstigen Bedingungen abzugeben.

Kollegen! Abonniert das Fachblatt für Holzarbeiter

Reklamepreis! Nur 4 Mark



keinst echte deutsche Herren-Anker-Uhr Nr. 52 stark vernickelt, ca. 30 Std. Werk, genau reg. nur 4,- Mk.

Unsere Leser erhalten 1 Mk. Nachlass und 1 Kapsel gratis bei Bestellung einer Uhr zu 6,50 Mk. od. mehr

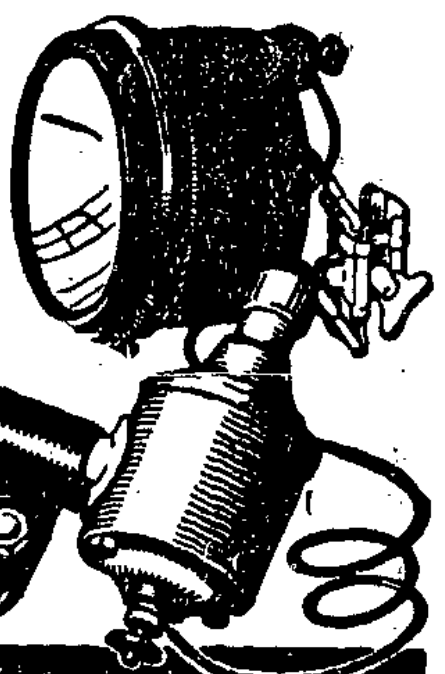
Sprechmaschinen-Laufwerke

7 Selbst- einbauen la Doppelschneckenfederwerk (2 Stck. 30 cm Platten spielend) nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummifeder, etc.

Aria-Rad Fracht- und Verpackungsfrei Teilzahlung. ca. 30 verschiedene Ausstattungen. Aria 77, 84, 90. 5 Jahre Garantie. Pneumatik-Zubehör. Motorrad-Zubehör.

Jedem sein Radlicht

und zwar selbstverständlich ein elektr. BOSCH-Radlicht mit Batterie-Scheinwerfer. Dieser Grundsatz gilt auch für Sie! Unabhängig von Sturm und Regen können Sie dann Ihr Rad auch in stockfinsterner Nacht benutzen.



BOSCH

Kollegen!

kauft im Eigenbetrieb! Gute schwere Hobelbank, 2 m lg., Blatt und Gestell gedämpfte Buche, mit Stahlspindel und einschliessl. Zubehör Mk. 85,-

Laubsäge HOLZBRAND-KERBSCHNITT J. Brendel, Muffelstr. 43 M.

Billige böhm. Bettfedern nur reines, gutfließend, Sorten. Ein Kilo graue geschlossene 3 Mk., halbwelch 4 Mk., beste Sorte 12 Mk.

Ulma-Hobel Raubbank, Putzhobel, Doppelhobel, Schlichthobel, Schropfhobel Mk. 31,-

Betten aus dichten Bett-Inlett Oberbett m. 7 Pld. 15,85, 19,70, 23,75 Unterbett „6“ 14,90, 18,20, 22,50

PHOTO Einmal ist immer wichtig. Wo kaufen Sie? Natürlich im Spezialhaus. Wir sind das grösste Photospezialhaus Deutschlands

Innungs-Tischler-Fachschule

Laufwerke In Qualität, Tonführungen aus 3 fach verleimtem Holz, höchste Resonanz bietend.

Hobelbänke 75RM 2 m lg., la Qualität, Blatt beste ged. Roth. Stahlp., kompl. Preisl. gratis.

Betten garantiert federdicht gestelltes Inlett, 1 1/2 schüftig, grosses Oberbett, Unterbett, 1 Kissen mit 14 Pfund grauen Federn gefüllt.

Bettfedern graue, pro Pfund 0,95 Mark, bessere 1,50 Mark, graue Halbdauen 3,25 Mark, weisse Federn 4,95 Mark, graue Daunen 8,50 Mark.

Musikinstrumente, Sprechmaschinen Schallplatten von 1 Mk. an. Umtausch gestattet. Kein Risiko. Reell. 3 Jahre Garantie.

EDEL-BUSCHROSEN

das Edelste, was existiert. 300 höchstprämierte Sorten von rahmweiss, teigelig bis schwarzrot, 10 Stück 3,50 Mk., 25 Stück 8,- Mk., 100 Stück 30,- Mk.

Kerstens Gartenbau, Bremen, Glücksbürger Str. 85

ALLES FAHRT LINDCAR KLEINSTE RATEN OHNE ANZAHLUNG UNTERNEHMEN DER GEWERKSCHAFTEN

Hobelbänke, la Qualität, süddeutsche Ausführung, Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz, 200 cm Blattlänge.

Sprechmaschinen-Laufwerke Erstkl. Doppelschneckenwerk m. Schneckenauflage, zus. 7 m Federn (Präzisionsarb.), m. Muttern, Gummifeder, etc.

DIREKT AB FABRIK 30 Mark aufgeben! Fordern Sie kostenlos den neuen Prachtkatalog über Fahrräder und Zubehörteile.

Blasen- u. Nierenleiden

wie Blasenentzündung, Stein- und Geringbildung, Harnverhaltung, Blasen-Steine usw. sind nicht nur unangenehm lästig und schmerzhaft, sondern auch sehr gefährlich.

Hämorrhoiden,

weist die Folgen zu tragen Stoffwechsels, mangelhafter Blutmischung und Blutzirkulation, vermindertester Stuhlverstopfung, mangelnder Bewegung bzw. sitzender Lebensweise.

Wurmkrankheiten

dürfen nicht unterschätzt werden. Die Würmer, seien es nun Maden-, Spul- oder Bandwürmer, zehren Erwachsenen und Kindern die besten Kräfte weg.